

Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Gesellschaft 4 800 000
bei den Ausgabest. 5 000 000
durch Zeitungsb. 5 200 000
durch Post 5 512 000
einschl. Postgebühren
ins Ausland 8 000 000 v. M.
in deutscher Währung nach Kurs

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Berns v. 2273. S. 110. Telegr.-Abr.: Tageblatt Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsunterbrechung oder Ausperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.
Anzeigenpreis:
1. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens. 80 000 M.
Reklamezeit 200 000 M.
*) Sonderplatz 50% mehr
für Anfragen | Millimeterzeile im Anzeigenteil 80 000 M.
ans Deutschland | *) Reklamezeit 200 000 M.
in deutscher Währung nach Kurs.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Polen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Polens Wirtschaftspolitik.

Das Wirtschaftsprogramm Polens ist Gegenstand eines Leitartikels im „Kurier Poznański“, dessen Verfasser, von der These ausgehend, daß das Wirtschaftsproblem der Hauptpunkt der Politik jedes Staates ist, mit Bedauern feststellt, daß Polens Wirtschaftspolitik keine bestimte Linie besitzt. Polen habe lediglich die in der ganzen Welt verbreiteten wirtschaftlichen Allgemeinplätze oberflächlich aufgenommen, ohne sie zu verarbeiten und ohne eine eigene Verschärfungsrichtung auszuarbeiten. Dann wird ausgeführt:

„Das Problem unserer Auslandspolitik beruht großenteils auf der Lösung der Frage des Wirtschaftsprogramms Polens. In dieser Beziehung herrscht bei uns erstaunliche Programmlosigkeit. Indessen besitzt eben Polen, das sich fast buchstäblich von neuem aufbaut, in höherem Maße als andere Länder die Möglichkeit, seine Entwicklung neuen Bedingungen anzupassen. Wir erwägen nicht, wie und wohin wir exportieren sollen, ob dieser Export Zukunft hat, und in welchem Maße, auf welche Beziehungen besonderer Nachdruck gelegt werden muß, welche Industriezweige zu entwickeln seien. Wenn auf diese Fragen Antworten vorhanden sind, so sind sie recht allgemein und werden in der aktiven Politik zu wenig in Betracht gezogen. Wie wissen noch nicht, welche Rolle Polen überhaupt in wirtschaftlicher Beziehung in Europa und in der Weltwirtschaft spielen soll. Daraus folgt, daß wir gegenüber einer ganzen Reihe brennender Fragen der europäischen Politik überhaupt keinen bestimmten Standpunkt einnahmen, und daß andere Staaten mit uns als unbestimmtem Faktor in der Wirtschaftspolitik nicht rechnen, und wenn doch, uns eine ausschließlich passive Rolle aufzwingen möchten. Und doch drängt die Entwicklung der Verhältnisse immer stärker nach Klärung der Stellung und der Rolle Polens. Unser Verhältnis zur französischen, englischen, deutschen, tschechischen Politik usw. wurde bis dahin ausschließlich von rein politischen Motiven bestimmt. Und das genügt nicht. Rein politische Erwägungen sind notwendig und müssen sogar gegebenfalls die Rolle eines Regulators der wirtschaftlichen Betreibungen spielen und dabei vom höheren, die Sicherheit des Volkes und des Staates umfassenden Gesichtspunkten ausgehen, aber ein bestimmter Standpunkt in den Wirtschaftsfragen ist ebenfalls notwendig, denn er entscheidet oft über die Kraft und das Vermögen der Auseinander in den Bestrebungen des Staates und der Nation. Wir nehmen in Europa in wirtschaftlicher Hinsicht einen sehr wichtigen und großen Möglichkeiten verheißenden Platz ein. Die bisherigen Erwägungen in Polen befrüchten sich auf die Frage, ob wir zwischen Deutschland und Russland eine wirtschaftliche Brücke oder eine Schranke sein sollen. Mit dieser Frage, die ungeheuer wichtig und brennend ist, ist eine Reihe anderer Fragen verbunden, und wenn wir uns zu einer negativen Antwort entschließen, dann müssen wir eine andere positive Antwort haben. Wir müssen vor allem einen Antwort darauf haben, was Polen in wirtschaftlicher Beziehung für Russland, überhaupt für den Osten und Südosten Europas sein soll. Wir müssen Antwort haben, ob wir, die gegenwärtige allgemeine europäische Wirtschaftskrise im Betracht, bis zu einem gewissen Grade die Politik der wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit führen wollen, oder ob wir besondere Bedingungen besitzen, die uns trotzdem Aussichten industrieller Entwicklung durch die Möglichkeiten der Eröffnung von Ausfuhrwegen verheißen. Besonders diese letzten Eventualitäten müssen sorgsam erwogen werden; denn von der Antwort auf sie wird in grohem Maße die Richtung und das Wesen unserer Auslandspolitik und unsere Einstellung auf die europäischen Staaten abhängen.“

Der „Kurier“ spricht hier nichts anderes aus, als was von anderen — auch von uns — schon oft ausgesprochen worden ist: daß bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme bei uns bis jetzt viel zu sehr rein politische Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt und zwingende wirtschaftliche Notwendigkeiten übersehen wurden. Natürlich sehr zum Schaden der Wirtschaft. Wer ist schuld? Zum Teil doch wohl gerade die Politik, die auch der „Kurier“ vertut. Sollten die lebhaften Betrachtungen des „Kurier“ eine beginnende Einsicht bedeuten, so wäre das zweidrigst zu begrüßen.

Ratifizierung des Vertrages mit Finnland.

Das Präsidium des Ministerrates hat sämtlichen Ministerien den Gesetzentwurf über die Ratifizierung des am 10. Oktober 1923 in Warschau unterzeichneten Handels- und Schiffahrtsvertrages zugestellt. Die Ratifizierung wird Gegenstand der Beratung in einer der nächsten Sitzungen des Sejm sein.

Die Auslandschulden Polens.

Der Staatschuldenkontrollausschuß berechnet die Staatschulden Polens wie folgt: an Amerika 165 294 327,79 Dollar, Frankreich 779 833 404,29 Francen, England 4 503 818 Pfund Sterling, Italien 75 Millionen Lire, Niederlande 12 737 520 Gulden, Norwegen 16 526 857,47 Kronen und 1238 Pfund Sterling, Dänemark 358 49,81 Kronen, Schweden 1 973 030 Kronen, Schweiz 73 800 Franken.

Die Valorisierung der Arbeiterlöhne.

Wie „Kurier Przegląd“ meidet, begab sich am Montag eine Delegation der polnischen Berufsverbände zum Ministerpräsidenten und legte ihm ein Memorial vor, in welchem die Valorisierung der Löhne aus Gründen des Stimms der Kaufmännischen Wert geordnet wird, dergestalt, daß die Löhne in bezug auf ihren Wert dem Verdienst der Kriegszeit entsprechen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Arbeitgeber die Valorisierung nach den freien Bauten fordern, er selbst jedoch halte das Projekt der Berufsverbände für rationeller und werde es auch den entsprechenden Stellen zur Beratung vorlegen.

Polen wünscht Fortsetzung der unterbrochenen Verhandlungen mit Deutschland.

Von der Berliner polnischen Gesandtschaft wird der Telegraphen-Union mitgeteilt:

Die von manchen deutschen Zeitungen mitgeteilte Nachricht über bevorstehende deutsch-polnische Verhandlungen in Genf entspricht in dieser Form nicht den Tatsachen. Richtig ist vielmehr folgendes: Auf Grund des Beschlusses des Völkerbundes vom 10. Dezember 1923 hat der Gesandte der polnischen Republik in Berlin, Herr von Olszowski, der deutschen Regierung eine Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen vorgeschlagen, und zwar Verhandlungen

1. über die Frage der Erwerbung des polnischen Staatsbürgerschaftsrechts im Sinne des Artikels 4 des Vertrages über nationale Minderheiten und

2. über einige andere Rechtsfragen des Artikels 8 des selben Vertrages.

Gleichzeitig hat der polnische Gesandte die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen über sämtliche bei den Dresdener Verhandlungen in Frage kommenden Angelegenheiten vorgeschlagen, soweit diese nicht inzwischen im Wege anderer Verträge geregelt worden sind. Der polnische Gesandte hat diesen Vorschlag dem deutschen Außenminister am 19. Januar 1924 übermittelt. Bis jetzt hat aber die Berliner polnische Gesandtschaft vom Auswärtigen Amt noch keine Antwort bekommen. Als etwaiger Anfangstermin für derartige Verhandlungen wurde polnischerseits der 10. Februar vorgeschlagen.

Aus der Vorgeschichte der neu eingeleiteten Verhandlungen dürften folgende Tatsachen interessieren: Im Jahre 1922 wurden auf deutsche Anregung deutsch-polnische Verhandlungen in Warschau beschlossen, und diese fanden dann im vergangenen Jahre in Dresden statt. Sie fanden ihren vorzeitigen Abschluß, weil die verhandelnden Parteien sich über die Frage des Staatsbürgerschaftsrechts nicht einigen konnten. Insbesondere hat der Völkerbund ein Gutachten beim Haager Schiedsgerichtshof eingeholt, und auf Grund dieses Gutachtens wichtige Entscheidungen getroffen, wobei Polen die Wiederaufnahme der Verhandlungen über diese Frage unter der Ägide des Völkerbundes aufgegeben wurde. Es sind dies die in dem Kommuniqué der polnischen Regierung erwähnten Streitfragen über Artikel 3 und 4 des Vertrages über nationale Minderheiten.

Daneben sollen nach Wunsch des Völkerbundes gleichzeitig und parallel laufend auch die Verhandlungen über die seinerzeitigen Gegenseitigkeiten der Dresdener Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Es handelt sich hierbei um etwa dreißig verschiedene Gegenstände politischer, wirtschaftspolitischer und rein wirtschaftlicher Natur. Von deutscher Seite aus war angezeigt worden, die Staatsbürgerschaftsfragen am Sitz des Völkerbundes in Genf, die übrigen Fragen in Berlin oder Warschau stattfinden zu lassen. Polen scheint antreten zu wollen, beide Verhandlungen gleichzeitig in Berlin stattfinden zu lassen. Hierfür wäre allerdings Voraussetzung, daß die Beteiligung des Völkerbundes an den staatsbürgerschaftlichen Fragen unter allen Umständen gesichert bleibt.

Aufdeckung einer kommunistischen Zentrale in Posen?

Wie polnische Blätter melden, gelang der Posener Polizei die Aufdeckung einer weit verzweigten kommunistischen Organisation für Großpolen und Pommern, deren Zentrale Posen war. Die während längerer Zeit durchgeholt überwachung gewisser Personen und Verbände führte zu drei Verhaftungen und zu zahlreichen Haussuchungen, die

eine große Menge belastender Schriftstücke und Drucksachen zutage fördert haben sollen. Unter andern ist wie der „Dziennik Posen“ berichtet, ein Aufruf gefunden worden, der unter den Soldaten gegen die bürgerlichen Regierungen Stimmung machen sollte.

Europäische Konferenz und Ausbau des Völkerbundes.

Der politische Berichterstatter der „Evening News“, den man in diesem Falle für ähnlich inspiriert hält, teilt folgendes über die Absichten Mac Donalda mit:

Es ist wahrscheinlich, daß der Premierminister diesen Vorschlag einer

europäische Konferenz

vorschlagen wird, die sich mit folgenden Fragen beschäftigen soll: Die Verbindung Europas, die Regelung der Reparationsfrage, Regelung der internationalen Schulden, Erörterung der Handelsbedingungen zwischen den Nationen und ein

Ausbau des Völkerbundes

auf breiterer Basis.

Das letzte Ziel, der Ausbau des Völkerbundes, wird vom Premierminister in den Vordergrund seiner Politik gestellt, bis zu einem gewissen Grade die Politik der wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit führen wollen, oder ob wir besondere Bedingungen besitzen, die uns trotzdem Aussichten industrieller Entwicklung durch die Möglichkeiten der Eröffnung von Ausfuhrwegen verheißen. Besonders diese letzten Eventualitäten müssen sorgsam erwogen werden; denn von der Antwort auf sie wird in grohem Maße die Richtung und das Wesen unserer Auslandspolitik und unsere Einstellung auf die europäischen Staaten abhängen.“

Englands Verhältnis zu Frankreich.

Ramsay Mac Donald hat in einer Unterredung dem Direktor des Pariser „Quotidien“ Erklärungen über außenpolitische Fragen gegeben, die speziell das Verhältnis Englands zu Frankreich berühren. Ramsay Mac Donald gab dem Direktor der Pariser Zeitung in sehr offener Weise zu verstehen, daß England nicht mehr gewillt ist, der französischen Politik mit verbündeten Augen zu lauschen. Er erklärte, daß in England das

Mithraum gegen die politischen Absichten Frankreichs

im Wachsen begriffen sei, und zwar namentlich durch die militärischen und finanziellen Unterstützungen, die Frankreich den kleinen Nationen in jeder Beziehung zuteil werden läßt. Das englische Volk frage sich ob es sich dadurch nicht in die Notwendigkeit versetzt sehe, ebenfalls militärische Vorbereitungen zu treffen. Es sei auch bedroht durch die ungewöhnliche Ausdehnung der französischen Luftfahrten.

Mac Donald gab weiter zu verstehen, daß nach seiner innersten Überzeugung auch die stärksten Rüstungen Frankreichs niemals eine Sicherheit des französischen Gebietes gewährleisten würden, daß vielmehr Frankreich einen ungleich

besseren Schutz durch den Völkerbund

finden könne. Mit ebenso scharfen Worten wandte sich Mac Donald gegen die französische Ruhtherrschaft. Es sei ein großer Irrtum, anzunehmen, erklärte er, daß man auf die Dauer ungestrafft eine Nation in ihren Interessen schädigen und in ihrem Stützpunkt niedringen könne.

In diesem Zusammenhang streifte Mac Donald auch

die Sachverständigenausschüsse.

Der Rahmen, den man ihrer Aktion gegeben habe, sei viel zu eng, um eine befriedigende Lösung zu ermöglichen. Auf die Frage, ob Mac Donald den deutschen Demokraten bezüglich ihres vogelflügeligen Willens Beiträgen entgegenbringe, erwiderte er schlie-

lich, er sei dessen sicher, es sei aber notwendig, daß Deutschland gegenüber eine Politik getrieben werde, die nicht den deutschen Reaktionären in die Hand spiele.

Das Interview mit dem Direktor des „Quotidien“ wird von der liberalen Presse auszeichnet aufgenommen. „Daily Chronicle“ und „Westminster Gazette“ nennen es eine offenkundige Auseinandersetzung mit dem französischen Standpunkt. Auch bei den Konservativen, deren Blätter sich übrigens über das Interview ausschweigen, wird die Vereinfachung erklärt, Mac Donald außenpolitisch zu unterstützen.

Zusammenkunft Mac Donalda mit Poincaré?

Mac Donald soll die Absicht haben sich persönlich mit Poincaré über die Streitlagen zwischen England und Frankreich zu verständigen. Hoffentlich ergibt es ihm dabei nicht so wie Baldwin, der noch dem bekannten Frühstück in der englischen Botschaft in Paris im September vorigen Jahres möglich ein Herz und eine Seele mit Poincaré war und alle seine ähnlichen Pläne fallen ließ.

Frankreich erkennt das Scheitern des Separatismus.

Der „Temps“ gesteht die Blamage der französischen Politik in der Pfalz ein, indem er schreibt, es handle sich nicht allein um die Frage, ob die Verordnungen der separatistischen Regierung in Kraft gesetzt würden, sondern auch darum, wer sie ausführen solle. Man sei wohl oder übel zu der Feststellung

geredigt, daß das Bestreben der rheinischen Bevölkerung gar nicht auf sogenannte separatistische und autonome Bewegungen hinauslieft, denn diese Bewegungen hätten sämtlich Fiasko erlitten. Selbst der Separatismus, auf den man jetzt ancheinend Verzicht geübt habe, sei nur das letzte Glied einer Kette von ziemlich jämmerlich in die Wege geleiteten Bewegungen dieser Art. Aus Anlaß dieser schiefgeschlagenen Bewegungen, deren Ausgang die französischen Behörden ancheinend nicht vorausgesehen hätten, seien Beschuldigungen aller Art gegen Frankreich erhoben worden. (Das ist ganz natürlich, da Frankreich mit der ausgiebigen Unterstützung der Losizierungsbestrebungen in der Pfalz das Völkerrecht verletzt hat. D. Schrift.)

Die Botschafterkonferenz

soll auf Verlangen der französischen Regierung darüber entscheiden, wie weit die Befreiungen der Rheinlandkommission hinsichtlich der Aufrichterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Truppen gehen. Frankreich ist der Ansicht, daß die Botschafterkonferenz die Rheinlandkommission ermächtigen könne, diejenigen separatistischen Verordnungen, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit (Wer gefährdet diese mehr als die Separatistenbanden? D. Schrift.) und die Arbeitslosenunterstützung betreffen, zu veröffentlichen. Frankreich ist gegen die Rücksicht der deutschen Beamten, die wegen ihrer Gegnerschaft gegen die Separatisten ausgewiesen wurden.

1 Dollar 9 500 000 Mfp.

1 Valorisierungsfrank. 1 840 000 Mfp.

1 Danziger Gulden 1 540 000 Mfp.

1 Goldmark 2 265 000 Mfp.

Um das Mieterschutzgesetz.

(Warszauer Sonderbericht des "Pos. Tagebl.")

Warszau, 31. Januar. Der gestrige Sitzung des Rechtsausschusses des Sejm kommt besondere Bedeutung zu, denn sie brachte zum ersten Male in der seit vielen Wochen andauernden Diskussion konkrete Vorschläge, zu denen sich auch der anmende Premierminister Grabski äußerte. Die Grundlage der Erörterungen für diesen in die gesamte Volkswirtschaft des Landes so tief eingreifenden Vorgang der Mietausgleichung bildete das Referat des Vertragsstatters Schida. Er schlug folgende Sätze vor:

Für Eingimmerwohnungen sollen bezahlt werden 15 Prozent des Kriegsmiete der Wieten, für 2 bis 8 Zimmer 20 Prozent, ebenso sollen die Industrieunternehmungen gestellt werden, wenn die Miete vor dem Kriege nicht mehr als 500 Rubel oder der entsprechenden anderen Währung in Mark und Kronen betrug. Für alle anderen Lokale sowie für Industrie- und Handelslokale 40 Prozent, darüber sollen 60 Prozent bezahlt werden. Diese Angaben sollen vierteljährlich noch um 10 Prozent vermehrt werden. Die Berechnung der Miete geschieht in folgendem Verhältnis: 100 Rubel = 260 Zloty, 100 Reichsmark = 123 Zloty, 100 Kronen = 105 Zloty.

Hierauf ergriff der Minister das Wort. Er sagte vor allen Dingen, daß die von Schida genannten Sätze viel zu hoch seien, speziell wenn man bedenke, welche Steuererhöhungen gleichzeitig mit diesen Mietverhöhung verbunden seien. Auch das Tempo der vierteljährlichen Weitererhöhungen sei ein viel zu rasches. Im ersten Jahre betrage die Mietsteuer 8 Prozent der Kriegsmiete, ferner werden erhoben 3 Prozent für den Wiederaufbau der Städte und 3 Prozent für die Beamten.

Auf einige Anfragen hin erklärte der Minister, es sei sehr richtig, die Banken zur Errichtung eigener Gebäude anzuhalten, damit sie nicht die ohnehin schon schwere Wohnungsnot durch Ausmietung von Wohnungszwecken geeigneten Lokalitäten verschärfen. Aber die meisten Banken besäßen bereits ihre eigenen Bauten, andere hätten langjährige Mietverträge, in jedem Falle aber könne man auf die Banken, die nicht richtig handeln, einfach einen Druck ausüben, indem man ihnen jeden Mieterschutz entziehe.

Eine gleichfalls sehr wichtige Angelegenheit wurde vom Minister in seiner Antwort auf eine Anfrage nur gestreift. Sie betrifft die Art, in der die Hypotheken valorisiert werden sollen. Der Minister meinte, daß von den Hypotheken der Teil abgezogen werden müsse, der als Steuer fällig ist, daß aber die restierende Summe valorisiert werden müsse. Die Frage, ob es nicht möglich sei, für Arbeiter und kleinere Beamte niedrigere Mietsteuern einzuführen oder diese Steuern direkt an die Staatskasse von den Mietern abführen zu lassen, verneinte der Minister. Für die Arbeitslosen aber soll ein besonderes Gesetz geschaffen werden. Der Minister stellte auf eine Anregung hin in Aussicht, für die Kleinhändler und die Klein gewerbetreibenden besondere Erleichterungen eintreten zu lassen.

Nun verlich Grabski die Versammlung des Ausschusses, wodurch bald eine lebhafte Diskussion entwölfe. Der jüdische Abgeordnete Sommerstein stellte fest, daß Grabski, obgleich ihm das Ermächtigungsgesetz alle Freiheiten gebe, die Frage der Valorisierung der Hypotheken nicht selbst vornehmen wolle, sondern diese schwierige Angelegenheit auf den Sejm abwände. Die vom Referenten vorgeschlagene gewaltige Erhöhung der Mieten und insgesamt auch der Steuern, könne niemand bezahlen. Die Sätze müßten unbedingt eine Senkung erfahren. Auch gehe es nicht an, den Aufbau der Städte von den Mietern allein zahlen zu lassen. Das ganze Volk, und nicht eine einzelne Klasse müsse zu diesen Lasten herangezogen werden. Er macht nun folgenden Vorschlag, den wir eingehender verzeichnen, weil er die Zustimmung von fast allen Mitgliedern der Linken in der Diskussion zu finden scheint, wenn auch einzelne kleinere Abänderungen verlangt wurden:

Für Eingimmerwohnungen 2 Prozent der Kriegsmiete, sowie Sozial- und Gewerbelokale sowie Lokale mit Betrieben, die ein Gewerbe patent 8. Klasse oder ein Handelspatent 4. Klasse besitzen, wenn die Kriegsmiete nicht mehr als 1000 Rubel oder der entsprechende Betrag ausmache, 8 Prozent. Von 7 Zimmern oder anderen Gewerbelokalen 10 Prozent, Fabriken 20 Prozent. Die Miet erhöhung soll bestritten vierteljährlich 1 Prozent bei einem, 2 Prozent bei 2 bis 3, 3 Prozent bei 4 bis 6 Zimmern und bei kleinen Gewerbebetrieben; mehr als 6 Zimmern und große Gewerbebetriebe 5 Prozent und 10 Prozent bei Fabriken. Ferner rügt Sommerstein die vom Referenten vorgeschlagene Art der Zloty berechnung, die nicht dem wahren Verhältnis entspricht. Er schlägt vor: 100 Rubel = 133 Zloty zu setzen, 100 Reichsmark = 92 Zloty und 100 Kronen = 82 Zloty. Der Goldfrankfurts folle

jedesmal nach dem Kurs am 15. des vorangegangenen Monats berechnet werden.

Schließlich wurden folgende Sätze von der Mehrheit angenommen, während sich die Minderheit an die Sammelsteinschen Vorschläge hielt, die dann auch von der Minderheit im Plenum des Sejm vorgebracht werden sollen. Die Mehrheitssätze sind Eingimmerwohnung 5 Prozent der Kriegsmiete, 2 bis 8 Zimmer 10 Prozent, 4 bis 6 Zimmer 15 Prozent, mehr als 8 Zimmer 20 Prozent, wobei die zuvor schon verzeichneten Gewerbe, Handels-, Industrie- und Handelslokale usw. wie in den anderen Systemen eingeteilt werden. Die Erhöhung tritt vom 1. April 1924 ab in Kraft. Von diesem Zeitpunkt ab werden vierteljährlich 4 Prozent Erhöhungen bis zum Ende des Jahres 1924 durchgeführt, und vom 1. Januar 1925 ab 6 Prozent. Bedeutung hatten noch die Beratungen über den Artikel 4 des Gesetzentwurfes, der von den freiwilligen Mietverträgen handelt. Es wurde von der linken Seite die Streichung des Artikels gefordert, da freiwillige Mietverträge doch nur eine Illusion seien, denn unter den beurteilten Verhältnissen ist es bekanntlich der Vermieter, der die Wohnungsnot ausnutzt und die Verträge distanziert. Der Artikel wurde beibehalten, aber insofern eingeschränkt, als freiwillige Mietverträge nur bei Wohnungen bis zu 4 Zimmern zugelassen werden sollen. Auf Verlangen des Mieters kann die Miete monatlich bezahlt werden. Als Berechnungssätze gelten: 100 Rubel = 266 Zloty, 100 Reichsmark = 123 Zloty, 100 Kronen = 105 Zloty.

Die Steuerangelegenheit wurde in der Kommission noch nicht entschieden. Ein Vertreter des Finanzministers stellte folgende Anträge im Bezug auf die Mietsteuern: Für 1924 für den Staat 3 Prozent der Kriegsmiete, für die Gemeinden 1 Prozent, für Wiederaufbauwerk 2 Prozent. Im Jahre 1925 befragen die entsprechenden Zahlen: 6, 2 und 3 Prozent, 1926: 9, 3 und 3 Prozent. Es wurde nur sehr richtig darauf hingewiesen, daß nach diesen Sätzen der Mieter im laufenden Jahre zusammen 6 Prozent bezahlen müsse, während der Vermieter für die Vermietung insgesamt nur 5 Prozent angerechnet werden. Also wird man auch noch die Steuerangelegenheit des weiteren besprechen müssen.

Schließlich machten die Sozialisten den sehr ernst zu nehmenden Vorschlag, die Verteilung der Mietsteuererträge so einzuteilen, daß mindestens 50 Prozent für das Wiederaufbauwerk der Städte verwendet werden, und daß sich Staat und Gemeinden in die andere Hälfte nach Belieben teilen. Der Vorschlag fand starke Anhänger, zumal der Wiederaufbau der Städte eine dringende Notwendigkeit ist. Infolge der vorgerückten Stunde wurde die Beratung abgebrochen und auf die nächste Sitzung vertagt.

In der Sitzung des Wettbewerbausschusses des Sejm am Montag verfasste der Marschall ein Schreiben des Finanzministeriums, in welchem die Frage behandelt wird, ob die Abgeordneten einer Besuchsvizitation unterzogen werden dürfen. In Bezug auf die Revision des Mietsegaus standen sämtliche Vertreter des Klubs auf dem Standpunkt, daß eine derartige Durchsuchung zulässig sei. Angezeigt wurde, daß dagegen eine solche Durchsuchung eine verbindliche Durchsuchung sei. Zur Auflösung dieser Angelegenheit soll der Marschall ein Gutachten des Geschäftsbüroaufschusses einholen.

Wer wird polnischer Gesandter in Paris?

Aus Warszau wird gemeldet: Nach Gerüchten, die hier umlaufen, soll Nachfolger des Grafen Gamowski in Paris der derzeitige Chef des diplomatischen Protocols, Graf Stefan Pręgowski, werden. Die Stelle des letzteren in Warszau soll der jetzige Gesandt in Belgrad, Olecki, übernehmen. Nach Mitteilungen aus politischen Kreisen bemühen sich die Rechteparteien darum, einen maßgebenden Einfluß auf Neubesetzung des Botschaftspostens in Paris zu bekommen. Ihr Kandidat für diesen Posten ist Tadeusz Gudomirski.

Das Revisionsurteil im Prozeß gegen die Bombenattentäter Bagiński und Wieczorkiewicz.

Am Montag begann in Warszau vor dem Obersten Militärgericht der Revisionsprozeß der am 31. Oktober 1923 in erster Instanz zum Tode verurteilten Terroristen Bagiński und Wieczorkiewicz. Die Verteidigung der Angeklagten beantragte die Abänderung des Urteils und die Zurückverweisung desselben in die erste Instanz, evtl. eine erhebliche Erhöhung des Strafes. Das am Dienstag gesetzte Urteil des Obersten Militärgerichts lautet: In teilweise Verhörlösung gemäß des § 368 der Militärordnung beschließt das Oberste Militärgericht, den ersten Teil des ersten Urteils betreffend Teilnahme am Bombenattentat in der Universität aufzuheben und eine erneute Verhandlung in erster Instanz anzuordnen.

Die Wahlen zum schlesischen Wojewodschaftsrat.

In der Mittwochabend des schlesischen Sejm wurden die Wahlen zum Wojewodschaftsrat vollzogen. Es waren vier Listen angetreten. An der Abstimmung nahmen 43 Abgeordnete

teil. Von der Liste 1 (Nat. Volksverband) wurde der Appellationsgerichtsvorsteher Stark und der Bergarbeiter Saenger, von der deutschen Liste der Bürgermeister von Tarnowicz Michal, von der Liste der Sozialisten Bobek und von der Liste der Nationalen Arbeiterpartei Dubiel gewählt. Außer den Wahlern wurden eine Reihe von Angelegenheiten erledigt, die auf der Tagessordnung standen.

Zwei Interpellationen der deutschen Sejmfraktion.

Wegen der Requisition des Lokals des Lodzer Sport- und Turnvereins für Heereszwecke

richteten die Abg. Kronic und Gen. folgende Anfrage an den Minister des Innern:

Am 1. Dezember 1923 requirierte das Wohnungsamt beim Magistrat der Stadt Łódź durch Schreiben vom 26. 11. 1923 unter Nr. O. R. II. 1807/23/X (Anlage 1) und Schreiben vom 29. 11. 1923 unter Nr. O. R. II. 1894/23/X (Anlage Nr. 2) das Lokal des Lodzer Sport- und Turnvereins in Łódź, Ząbkowska Nr. 82, als Heereszwecke unter Berufung auf die Artikel 660–666 der in den ehemaligen Gouvernements des Königreichs Polen geltenden Quartierzössen (Band IV der Gesammlung des russischen Staatsrechts), auf die Entscheidung des Innenministeriums vom 7. März 1923, das Schreiben des Wojewodschaftsamt in Łódź vom 10. 3. 1923 unter Nr. 1408/4/III, sowie das Schreiben des Wojewodschaftsamt vom 8. 11. 1923 unter Nr. 1408/13/III. Die Besetzung des Lokals erfolgte zwangsweise und ohne Abschluß eines entsprechenden Mietvertrages mit der Verwaltung des Vereins; ein solches Vorgehen widerspricht den Bestimmungen der vom Wohnungsaamt zitierten russischen Quartierzössen. Da jedoch in dem besetzten Lokal in den ersten Tagen des Dezember die Aushebung des Fahrganges 1902 erfolgte, zeigte sich die Verwaltung des Vereins, in dem Glauben, es handle sich um eine zeitweilige Besetzung, gern bereit, die einmaligen Bedürfnisse des Herres zu befriedigen. Nach Beendigung der Rekrutierung hielt die Militärbehörde jedoch das Lokal weiterhin belegt und übergab es einer Artillerieunteroffiziersschule zur ständigen Benutzung. Diese Schule ist bis jetzt noch im Lokal einquartiert.

Diese Tatsache hat die gesamte Tätigkeit des Vereins vollständig labilität. Die Besetzung des Lokals schadet nicht nur den Verein als solchen, sondern auch einen bedeutenden Teil der deutschen Gesellschaft der Stadt Łódź, für die der Verein den Mittelpunkt der Pflege des Sports und der gymnastischen Übungen bildet. In diesem Punkte erscheint das Vorgehen der betreffenden Behörden geradezu unverständlich, da manchmal Regierungs- und Sejmkreise wiederholt auf die Notwendigkeit der Entwicklung des Sports und des Turnens im Vorde hingewiesen haben und jeder in dieser Richtung gehende Bestrebung die wärmste Unterstützung angeboten lassen. Im vorwähnten Falle war das Vorgehen ein ganz entgegengesetztes; dadurch wird ein Teil der Lodzer Gesellschaft der Möglichkeit der Arbeit an der physischen Entwicklung in einem Verein beraubt, der in dieser Beziehung auf einer sehr hohen Stufe steht und unter den Sportvereinen in Polen einen hervorragenden Platz einnimmt. Es ist daher klar, daß die Spize eines solchen Vorgehens der Behörden einzig und allein gegen die freie Entwicklung der deutschen Bevölkerung der Stadt Łódź gerichtet ist. Ein derartiges Vorgehen ist eine der schmerlichsten Schikanen der deutschen Bevölkerung, da es in brutaler Weise das Recht der Vereinigung eines Teiles der Staatsbürger zunichte macht. Daß der Lodzer Sport- und Turnverein nur deswegen requirierte wurde, weil er ein deutscher Verein ist, wird auch durch die Tatsache bestätigt, daß in Łódź eine große Anzahl von unbewohnten Fabrikräumen und anderen Lokalen vorhanden sind, die für die Bedürfnisse des Militärs voll und ganz geeignet sind. Trotz aller Bemühungen des Vereinsvorsitzenden (wie zum Beispiel die

Fräulein Raffke

in 8 farbenprächtigen Akten, davon 6 Akte voll sonnigen Humors und Lebensfreude in ungeheuer prunkvoller Ausstattung und

2 Akte voll ernster Momente des Lebens.

Folgen des reichgewordenen Protzentums

Arbiter des feinsten Humors

In der Rolle des Multimilliardärs

Werner Krauss.

In der Rolle der einzigen Tochter Lili die prahlende

Schönheit Lee Barry.

Ein Film, von dem alle sprechen werden.

Kino Apollo ab 1. Februar 4½, 6, 8½ Uhr.

Eintrittspreis von 800.000 M. an.

Wir werden die Dinger sofort dem Gerichtschemiker zur Untersuchung schicken und die Schachtel der Frau Egler vorlegen."

Dann wurde Fräulein von Wehrhahn vernommen.

Sie konnte nichts sagen, als daß Margarete in Schreitkämpfen lag und Mergener wütend vorbeifürzte.

"Halten Sie es denn für denkbare, daß er ihr einen Antrag gemacht hat und daß sie ihn abwies?"

"Ja, Herr Landgerichtsrat — jetzt fällt mir ein, sie sprach so ieltzame Dinge — so wird es sein."

Nun wurde der Wirt aus der Schenke vernommen, und was er sagte, deckte sich vollkommen mit den Angaben des Gendarmen. Die Herren fuhren nach Niedergersdorf zurück, und ein Votum wurde mit dem Konsell nach Görlitz zum Gerichtschemiker geschickt.

Der Landgerichtsrat selbst trat in die Konditorei.

"Erinnern Sie sich vielleicht, ob Sie die Pralines in eine Schachtel gelegt haben?"

"Nein — in eine Tüte —"

"Amtsrichter Heimholz fiel ein:

"Das will nichts sagen. Mergener selbst hat solche Schachteln; er braucht sie zur Verpackung von Löffel- und Parfümlässchen."

Die Herren waren wieder im Gerichtsgebäude. Der Landgerichtsrat schüttelte den Kopf.

"Wie furchtbar! Drei Menschenleben ganz zwecklos vernichtet, die armen Frauen und er selbst. Allerdings scheint der Fall auch ohne des Täters Geständnis restlos geklärt, aber er ist furchtbar."

Der Amtsrichter nickte.

"Und eigentlich ist der Kutschler daran schuld! Wäre er nicht zu Mergener, sondern nach Rinkhausen gefahren —"

"Dann hätte der Schuft die vergifteten Pralines geschickt!"

(Fortsetzung folgt.)

Der Apotheker von Niedergersdorf

Roman von Otto Verndt.

(18. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

"Sehr einsch. Herr Landgerichtsrat. Er hat jedenfalls den Plan gefaßt, die beiden Damen durch vergiftete Pralines umzubringen und sich in den Westz der Erbschaft zu jehen, hat deswegen den Gehilfen und den Haussdienner entfernt und in jener Nacht die Konstituenten vergiftet. Dann kam ihm der unselige Zusatz zu Hilfe. Er konnte Fräulein Gerhardt das Morphium schicken, und leider war die Mutter zu naschhaft —"

Der Landgerichtsrat stand auf.

Wenn man das so hört —

Ein Gerichtsdienner trat ein.

"Da ist der Briefträger und hat einen eingeschriebenen Brief an Herrn Mergener und weiß nicht, was er damit tun soll."

"Hier abgeben!"

Der Amtsrichter beschleunigte den Empfang — der Landgerichtsrat wandte sich an den Staatsanwalt.

"Ich halte das Gericht für berechtigt, den Brief zu öffnen."

"Sicher!"

Er riß den Umschlag auf.

"Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß der Wechsel über fünfzigtausend Mark in drei Tagen fällig ist und daß ich keinerlei Rücksicht walten lassen werde. Wollen Sie die Verlobung noch vorher zustande bringen, dann verlieren Sie keine Zeit. Glauben Sie nicht, daß ich mich von Ihnen an der Nase herumführen lasse. Hochachtend Silenthal."

Eine Adresse war nicht angegeben.

Berlin N. 27; jedenfalls ein Bucherer!

Der Amtsrichter Heimholz war erregt.

"Da haben wir den Schlüssel! Er hat sicher — von dem Manne da gedrängt — seiner Ausine einen Antrag ge-

macht und ist abgewiesen worden. In seiner Verzweiflung über den drohenden Wechsel und den Zusammenbruch seiner Existenz hat er dann den verzweifelten Plan zur Ermordung seiner Ausine gefaßt, um noch vor der Fälligkeit des Abzuges der Erbe ihrer Millionen zu sein."

Der Landgerichtsrat ging auf und nieder.

"In der Tat scheint mir die Sache auch so zu sein."

Dr. Cromer warf ein:

"Ich möchte noch einmal betonen, daß der Mann in den Tropen ein

Ausindignation eines Lokals an der Mischair. 53) bleibt jedoch das Lokal weiterhin bestehen.

Angesichts dessen richten die Unterzeichner an den Herrn Minister des Innern folgende Anfrage: 1. ob er bereit ist, die sofortige Freigabe des Lokals des Lodzer Sport- und Turnvereins und die Rückgabe desselben an den Vereinsvorstand anzuerufen; 2. ob er bereit ist, anzuerufen, daß dem Verein für die Benutzung des Lokals und die infolge der Beschlagnahme entstandenen Verluste eine Entschädigung ausgezahlt wird; ob er bereit ist, die ihm untergeordneten Behörden zu belehren, daß ein deortiges Vorgericht eine Benachteiligung eines Teiles der Bevölkerung bedeutet und in einem Rechtsstaat nicht geduldet werden kann?

Warschau, den 20. Januar 1924. Die Interpellanten.

Interpellation

der Wiss. Riesch und Gen. an den Herrn Kriegsminister in Angelegenheit der Zuerkennung des Offizierscharakters an ehemalige Offiziere deutscher Nationalität:

Die aus den ehemaligen Staaten stammenden Reserveoffiziere, die sich um die Zuerkennung des Offiziersrangs in der polnischen Armee bewarben, erhalten in der letzten Zeit eine Einberufung nach Warschau zur Vorstellung vor das Offizierstribunal. Die Reise nach Warschau und die Kosten des Aufenthaltes sollen von dem Einberufenen aus eigenen Mitteln getragen werden. Bei denjenigen, die der Berufung nicht Folge leisten, fällt das Tribunal in deren Abwesenheit die Entscheidung, das heißt es wird ihnen kurzerhand der Offizierscharakter aberkannt. Die Reise nach Warschau bedeutet eine Ausgabe, die für die im ehemaligen Österreichischen Anteil Wohnenden 150 Millionen Mark überschreitet. Nur ein geringer Teil der Einberufenen kann das Opfer bringen. Es hat also den Anschein, als wollte das Tribunal auf diesem Wege das Ziel erreichen, nämlich ehemaligen Offizieren deutscher Nationalität die Erreichung des Offizierscharakters unmöglich machen. Daß viele der ehemaligen Offiziere in dem kurzen Zeitraum von drei Jahren (Offizierstier) der Befähigung zum polnischen Staate die polnische Sprache noch nicht genügend zu erlernen vermochten, ist eine Latsche. Genso ist es aber eine Tatsache, daß eine wegen ungenügender Sprachkenntnis erfolgte Degradierung eines Offiziers zum Infanteristen nicht geeignet ist, den Patriotismus des Mannes zu heben. Es liegt also im Interesse des Staates, daß die Zuerkennung des Offizierscharakters an ehemaligen Offizieren deutscher Nationalität nicht im vorausseine unmöglich gemacht wird.

Wir erlauben uns, an den Herrn Kriegsminister die Anfragen zu richten: 1. Ist der Herr Minister geneigt, Anordnungen zu treffen, daß die Kosten der Reise nach Warschau für die vor das Offizierstribunal berufenen ehemaligen Offiziere durch den Staat übernommen werden, infosofern diese darum bitten? 2. Ist der Herr Minister geneigt, eine Beförderung herauszugeben, derzufolge jenen ehemaligen Offizieren, die im Laufe von drei Jahren genügend polnische Sprachkenntnisse nachweisen, bei Befreiung der sonstigen Bedingungen der Offizierscharakter der polnischen Armee zuverkündet wird?

Warschau, den 20. Januar 1924. Die Interpellanten.

Wortlaut des italienisch-jugoslawischen Vertrages.

Belgrad, 30. Januar. Der Sonderberichterstatter des Blattes "Bremer" in Rom teilte seinem Blatte den Wortlaut des italienisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages, der am Sonnabend unterzeichnet wurde, mit. Dieser Vertrag hat zu seinen wichtigsten Stellen folgenden Wortlaut:

Artikel 1.

Die beiden vertragsschließenden Mächte verpflichten sich gegenseitig, einander zu dienen und in föderaler Weise zusammenzuarbeiten, um die in Trianon, St. Germain und Neuilly abgeschlossenen Friedensverträge aufzuklären und zu erhalten, ebenso die aus den von ihnen vereinbarten Verträgen resultierenden Verpflichtungen einzuhalten und auszuführen.

Artikel 2.

Falls eine der vertragsschließenden Mächte von einer oder mehreren Mächten ohne eigenes Verhältnis angegriffen wird, verpflichtet sich der andere Staat, seine Neutralität während der gesamten Dauer des Konfliktes zu bewahren. Außerdem, falls die Sicherheit oder die Interessen des einen der Vertragsschließenden durch einen Eingriff von außen bedroht werden, verpflichtet sich der andere Teil, seine politische und diplomatische Hilfe in wohlwollender Weise zu gewähren, um den äußeren Grund dieser Gefahr zu beschwören und zu unterdrücken.

Artikel 3.

Falls internationale Verwicklungen entstehen und die beiden Signatarmäkte der Auffassung sind, daß ihre gemeinsamen Interessen bedroht werden, geben sie die Verpflichtung ein, Maßregeln zu einer gemeinsamen Verteidigung zu treffen.

Artikel 4.

Die Dauer des Abkommens wird auf fünf Jahre festgesetzt, doch kann sie ein Jahr vor Ablauf gekündigt oder verlängert werden.

Der kroatische Separatismus.

Der Justizminister verlangte von der Slupschting die Auslieferung der kroatischen Führer Abg. Raditsch und Dr. Macelik wegen angeblichen Hochverrats. Raditsch, der gegenwärtig in Wien weilt, hat ein Begrüßungstelegramm an Mac Donald gerichtet, in dem er mitteilt, daß Südtirol durch die Preßgasse von Triest an den Kroaten und durch die Preßgasse von Triest an den Slowenen Verrat begangen habe.

Erlöhnung Ferdinand von Bulgarien bittet um Rückkehr

Nach der Meldung einer Sofioter Agentur richte der frühere König von Bulgarien Ferdinand an den Ministerpräsidenten ein Schreiben, in dem er um erlaubte, ihm die Bewilligung zu einem kurzen Aufenthalt zu erteilen. König Ferdinand monierte sein Aufsuchen damit, daß er zwecks Regierung seiner privaten Vermögensverhältnisse nach Bulgarien kommen müsse. Die bulgarische Regierung hat noch keinen Beschluss gefasst. Erlöhnung Ferdinand hält sich gegenwärtig als Gast des französischen Statthalters für das österr. Prinz Hohenlohe in Wien auf.

Sowjetrußland.

Trotzis Frontschwenkung.

Aus Moskau wird gemeldet: Trotzki steht an der Spitze derjenigen oppositionellen Gruppe der Bolschewisten, welche sich offen gegen das Zentralkomitee, gegen das Quartett Sinowjew, Kamenev, Stalin, Dscherschinski ausgesprochen hat und scheinbar darauf ausgeht, in allen innen- und außenpolitischen Fragen einen neuen, liberaleren Kurs einzuschlagen. Noch von wenigen Monaten leugnete die Moskauer offizielle Presse beharrlich diese Frontschwenkung Trotzki's. Heute ist sie genötigt, sie offen zugugeben; denn der Brand im Kreml ist weit hin sichtbar geworden und läßt sich vor den Augen der Welt nicht mehr verborgen.

Trotzki unter Polizeiauflösung!

Noch einer stürmischen Sitzung des Zentralvollzugsausschusses, die mehr als zwei Stunden wähnte und in der Preobraschenski Kammer sehr oft feigte, beschloß das Exekutivkomitee, Trotzki nicht verhaften zu lassen, sondern ihn in seiner Bewegungsfreiheit einzuschränken dadurch, daß es ihm nicht gestattet wird, die Eisenbahn zu benutzen. Er soll gezwungen werden, in einer kleinen Stadt Südußlands zu leben, wo er ständig von Agenten der Tscheka bewacht sein wird.

Die englische Arbeiterregierung treibt liberale Politik.

(Auskünfte des Herrn Hilton Young.)

Hilton Young, der englische Finanzberater, hat bald nach seiner Rückkehr nach Warschau den Vertretern des "Kurier Poloni" sowie der "Rzecznostpolita" Unterredungen gewährt, in denen er vor allem auf Fragen über die künftige Politik der neuen englischen Regierung antwortete. Im wesentlichen nach dem "Kurier Poloni" seien die wichtigsten Punkte seiner Auskünfte hier angeführt:

Auf die Frage, was man von der Arbeiterregierung zu erwarten habe, wies Young zunächst darauf hin, daß die Labour Party über

keine Mehrheit im Unterhaus

verfügt und daher auf die Unterstützung des Liberalen angewiesen ist. Aus diesem Grunde seien keine sensationellen Reformen zu erwarten, da Mac Donald nur solche Anträge durchbringen könne, die die Unterstützung der Liberalen gewinnen. Die Übertragung des Begriffes des

Sozialismus

auf die englische Arbeiterpartei, die die nicht gut unterrichtete Presse des Festlandes so oft vornimmt, ist nicht guttrefend. In den Trade-Unions (Gewerkschaften) haben die Sozialisten nicht die Mehrheit. Die gegenwärtige Regierung der Arbeiterpartei sieht sich fast ausschließlich aus Mitgliedern ihres rechten Flügels zusammen, also vorwiegend

aus gemäßigten Leuten.

Zum linken Flügel gehört nur der Gesundheitsminister Wheatley. Außerdem gehörte eine Anzahl der Regierungsmitglieder noch unlangst zu den Liberalen und hat sich erst neulich zu der Arbeiterpartei befehlt, zu der sie nur formal gehören. Die Geschichte der ersten Arbeiterregierung in England wird vielleicht nichts als die Geschichte einer liberalen Regierung sein.

Befragt, welche

Außenpolitik

die neue Regierung vermutlich betreiben werde, erwiderte Hilton

Young, daß wahrscheinlich keine wichtigen Veränderungen eintreten würden. Die Außenpolitik hängt von einer Reihe von Umständen ab, die sich schwer voranschauen lassen. Es ist etwas anderes, über dies Thema vor dem Parlament zu reden und eine Außenpolitik zu treiben, wenn man für sie verantwortlich ist. Ich nehme nicht an, daß die Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung beträchtlich von der der früheren abweichen wird. Für die auswärtige Politik gibt es in England gewisse Traditionen, die bisher durch Wechsel der Regierungen wenig beeinträchtigt wurden.

Die Wirtschaftspolitik

wird weiter den Grundsatz des freien Handels anwenden, aus dessen Hauptverschleiß sich die Regierung zusammensetzt.

Mit dem russischen Volke

beabsichtigt die neue Regierung engere Beziehungen anzuknüpfen. Doch hat Young den Eindruck, daß die Sache schließlich auf den Austausch allgemeiner Höflichkeiten auslaufen wird. Die tatsächliche Grundlage der englisch-russischen Beziehungen werden die Wirtschaftsverhältnisse, nicht diplomatische Noten sein. In Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Möglichkeiten werden sich die politischen Beziehungen gestalten.

Über den Eindruck des Regierungswechsels auf die englische öffentliche Meinung sagte der Finanzberater, daß zunächst

großes Staunen

herrsche. Es war eine Überraschung für das Volk, das an den Regierungswechsel zwischen nur zwei Parteien gewöhnt ist. Als aber das Unverwölkte Wirklichkeit wurde, befremde man sich damit. Alle machten sich klar, daß die Regierung Mac Donalds

nur dem Namen nach sozialistisch

sein werde. Jedenfalls werden die Liberalen sie nur insoweit unterstützen, als ihre Maßnahmen mit der wirtschaftlichen Lehre der liberalen Partei im Einklang stehen werden. Im übrigen haben sie sich freie Hand vorbehalten.

Die Sachverständigen in Berlin eingetroffen.

Montag abend ist der erste Sachverständigenausschuß nach Berlin abgereist. General Dawes erklärte auf dem Bahnhof den Journalisten, daß die Mitglieder des Ausschusses als praktische Männer auch praktische Arbeit leisten wollten. Der französische Vertreter Barbenier erklärte, daß die bisherigen Arbeitenden des Ausschusses erfüllt gewesen seien von Sympathie und gegen seitigem Verständnis. Der Generalsekretär der Kommission, Mac Leod Dean, wies darauf hin, daß die Sachverständigen beihilflich seien, keine anderen Zwecke verfolgten, als für die Bezahlung der Reparationen zu sorgen.

Der erste Sachverständigenausschuß ist am Dienstag abends 9.57 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin eingetroffen. Der zweite Ausschuß sollte am Mittwoch abend zur gleichen Stunde in Berlin ankommen.

Die Sachverständigen für Räumung der Ruhe?

Paris, 30. Januar. Nach einem Brüsseler Telegramm des "Ouest-Scénario" ist bei den französisch-belgischen Besprechungen in Paris am vorigen Sonntag von einer Räumung des Ruhegebietes die Rede gewesen, die von dem Sachverständigenkomitee anempfohlen worden war. Auch André Tardieu sieht dies in seinem gestrigen Leitartikel im "Echo National" fest.

Der preußische Landtag gegen den Ausnahmezustand.

Der preußische Landtag nahm mit den Stimmen der Kommunisten der Sozialdemokraten, Demokraten und eines Zentrumsabgeordneten einen kommunistischen Antrag auf Auhebung des militärischen Ausnahmezustandes an. Die Reichsregierung sieht demgegenüber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Zeit für den Abbau des militärischen Ausnahmezustandes noch nicht gekommen ist. Infolgedessen hat der Beschluß des preußischen Landtages nur formelle Bedeutung.

Hypothekenauflösung im Reich.

In der vielmehr strittenen Frage der Hypothekenauflösung, die durch die dritte Steuernotverordnung auf Grund des Ermauerungsgesetzes erfolgen soll, ist nunmehr die Entscheidung gefallen. Zwischen dem Reichsfinanzministerium, das die Hypothekenauflösung ablehnend gegenüber stand, und dem Reichsjustizministerium, das die Auflösung befürwortete, ist ein Kompromiß zustande gekommen. Dennoch wird die Hypothekenauflösung generell 10 v. H. des Kriegswertes beträgen. In Ausnahmefällen kann durch Gerichtsentscheid darüber hinaus bis zu 25 v. H. gegangen werden. Das Reichskabinett darf in seiner nächsten Sitzung diesen Vereinbarungen zwischen den beiden zunächst bestätigten Ministerien seine Zustimmung erteilen. Ob sie die Auflösung der Obligationen in dieselben Sägen festgelegt werden, steht noch dahin. Es ist anzunehmen, daß das Reichskabinett sich für eine einfache Regelung entscheiden wird.

** Der Hitler-Prozeß. Zur Teilnahme am Hitler-Prozeß haben sich bereits über 50 Pressvertreter gemeldet, der Verhandlungssaal saß im ganzen nur 100 Personen. Es steht fest, daß auch Oberstleutnant Kriebel, der militärische Führer des Sturmabwurfs, sich bereits am 18. Februar zu verantworten haben wird. Die schon gemeldete Extranktion des Platz am Obersten Landgericht Bochum scheint nicht so schwer zu sein, daß er nicht verhandlungsfähig sein dürfte; auf keinen Fall wird deshalb die Eröffnung des Prozesses verschoben werden, gegebenenfalls würde vielmehr das Verfahren gegen Bochum abgetrennt werden. Ob Generalstaatsanwalt v. Kahr, General Löffler und Oberst v. Grasser bereits von der Pflicht der Wahrung des Amtsgeheimnisses entbunden sind, ist noch nicht bekannt; daß es geschieht, ist ziemlich sicher.

** Der Reichernährungsminister in München. Der Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung, Graf Stanislaus, ist zum Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten und des Handelsministers nach München gekommen. Er hat auch mit maßgebenden Landwirten gesprochen. Er steht unter Polizeiauflösung.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die "Bavarian Review" einen an sie gerichteten Brief des Amtsgerichtsrates Dr. Fritz Cohn, der das gegenwärtig sehr bedeutsame Thema der Goldschulden behandelt:

Scheide münze über den Sinn und die Anwendung des Allgemeinen Landrechts auf die in Scheide münze zu leistenden Verbindlichkeiten, die vor dem Reduktionstermin kontrahiert wurden, Zweifel entstanden. Um diesen zu begegnen, wird nach einem Gutachten der Gesellschaft hiermit berichtet:

§ 1. Alle Zahlungen aus Geschäften vor der Müngsteburg, welche noch den Gegebenheiten oder den besonderen Verhältnissen der Parteien in Scheide münze geschehen sollen, sind in Verhältnis zu dem durch die Reduktion heruntergesetzten Wert zu leisten. Wert also z. B. vor der Reduktion 100 Mark in Scheide münze, den Thaler zu 24 gute Groschen, geborgt hat, muß 100 Mark in Scheide münze, den Thaler zu 36 gute Groschen, zurückzahlen.

§ 2. Da aber hierbei herausgestellt wird, daß zur Zeit der Kontrahierung der kürzliche Wert der Scheide münze gegen Kurant in seiner so erheblichen Differenz gestanden, die auf den Wert der Ware ein Einfluß hat, welches jedoch geschlecht, sobald das Agio sehr v. H. beträgt, so muß dem Schuldner eine solche oder höhere Differenz dergestalt zugetragen kommen, daß nur in diesem Falle der kürzliche Wert der Scheide münze, wie solcher zur Zeit der entstandenen Verbindlichkeit beschaffen war, völlig vergütet wird. Wert also 100 Mark in Scheide münze zu einer Zeit geborgt hat, da sie kürzlich 20 v. H. verlor, ist 80 Mark in reduziertem Wert zu zahlen.

§ 3. Für bereits ohne Vorbehalt abgemachte Geschäfte darf aus der gegenwärtigen Declaration kein Grund zur Zurückforderung hergezogen werden.

Gegegen Königsberg, den 27. September 1808.
Friedrich Wilhelm.
Diese sogenannte Declaration war notwendig geworden, nachdem die in Preußen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ausgeprägten Groschen, die als Scheide münze dienen sollten, infolge des verlorenen Krieges von 1806 allmählich immer mehr im Kurz gesunken waren, so daß sie erst auf zwei Drittel, dann auf vier Sechstel ihres Nominalwerts herabgesetzt wurden. Diese Groschen waren so wertlos geworden, daß man in Berlin, wo Savigny in seinem 1851 erschienenen Obligationenrecht anschaulich erzählt, einen lebhaften Handel mit solchen Groschen in zusammengelegten Papierpaletten von 10 Talern (240 Groschen) betrieb, die nicht gezählt, sondern gewogen wurden; also wie in allen Rom Geschäfte per aes et libram (Die bedruckten Papierstreifen, mit denen wir in der letzten Hälfte des Jahres 1823 bedacht wurden, hatten zum Teil das gleiche Schicksal.)

Die Declaration Friedrich Wilhelms bedeutete nach Savigny die grundsätzliche Anerkennung des Kurzwertes als des wahren Inhalts einer Geldschuld im Gegensatz zum Metall oder Nominalwert. Nun werden sich die wenigen bei Abschluß eines Geldgeschäfts diese Gegenstände vollständig klar machen. Wenn man sie ihnen aber zum Beispiele bringt, und ihnen die Konsequenzen darlegt, werden sie sich fast immer für den Kurzwert entscheiden." Demgegenüber beantwortete Savigny die auch jetzt viel erörterte Frage nach dem Rückzahlungswert von Krediten, die unter der Herrschaft der Goldwährung begründet wurden, auf Seite 458 seines "Obligationenrechts" wie folgt:

"In den Ländern, worin Goldwährung gilt, muß so viel reines Gold dem Gläubiger verschafft werden, als ursprünglich für das empfangene Darlehen angekauft werden konnte, ohne Unterschied, ob das Darlehen in Gold oder Silber oder Papier gegeben worden war."

Und immer wieder betonte er — genau wie das Reichsgericht in seiner Entscheidung vom 28. November v. J. —, daß die Frage der Rückzahlung derartiger Schulden bei gerüttelten Währungsverhältnissen nach dem wahren tatsächlichen Willen der Parteien geprüft und entschieden werden muß.

Das Recht; denn Aufgabe der Rechtsprechung war stets, den Parteien zu dem wirtschaftlichen Erfolg zu verhelfen, den das fragliche Darlehen oder der fragliche Kauf bezweckte. Danz, in seinem Werk "Die Auslegung der Rechtsgeschäfte" hat auch hier das Richtige getroffen, wenn er sagt: "Der Richter wird der Partei sein, der es versteht, sich selbst an die Stelle der Partei zu setzen. Da wird er sofort merken, wenn er sich einmal an die Stelle des Klägers stellt und dann an die Stelle des Beflagten setzt, und zwar ernstlich, als gelte es seinem eigenen Geldbeutel, was für wirtschaftliche Zwecke die Parteien verfolgen." Und Danz schließt etwas mit: "Wenn es sich um den eigenen Geldbeutel dreht, wird auch der abgekürzte Begriffsjurist sentimental!"

Hackmaschinen
System „Woolnough“
(wie von Dehne gebaut)
für Getreide und Nüßen
lieferbar bei rechtzeitiger Bestellung in
allen Breiten — desgl. Hackmesser.

Woldemar Günter
Landw. Maschinen und Bedarfssachen,
Fette und Oele.
Poznań, ul. Szw. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.

In Oberschlesien

erscheint
als älteste und weitverbreitete Tageszeitung die be-
währte Anzeigenzeitung, das beliebteste Familienblatt:

Der oberschlesische Wanderer.

Wer Geschäftsvorhabungen in Oberschlesien sucht,
erreicht durch Anzeigen im „Wanderer“ Gleimis
mit verblüffendem Erfolg sein Ziel.
Die 10gehaltene innige Zeile kostet 12½ Groschen.

Jeder Oberschlesier im Reiche,
welcher über die Vorgänge in der Heimat unterrichtet
sein will, bestellt den „Wanderer“ bei der Post seines
Wohnortes oder direkt beim Verlage in Gleimis.
Anzeigen für den „Wanderer“ vermutet die Geschäftsstelle
des „Posener Tageblattes“ ohne jeden Aufschlag.

500 Stück weitberühmte
Getreide- u. Grasmäher
Orig. Eckert
sofort abzugeben.
Gentrautreter für Polen und
Freistadt Danzig:
NITSCHE i Ska.
Maschinenfabrik
Poznań.

Kaufe zu höchsten Tagespreisen

Fabrik Kartoffeln

jowie
Roggen, Weizen, Gerste, Hafer,
Erbse, Peluschen, Widen u. Wolle.
Lausche unter günstigen Bedingungen
gegen Getreide jeder Art künst-
liche Düngemittel und Kohlen.

Emil Blum, Opalenica
Telephon 33.

Des gesetzl. Feiertags wegen
erscheint
Sonnabend, den 2. d. Mts.
keine Zeitung
Wir bitten alle für diesen Tag bestimmten
Anzeigen uns schon Freitag vormittag
einzusenden.

Die Geschäftsstelle.

Aus schneiden!

Aus schneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichnete bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Worte)
für den Monat Februar 1924

Name
Wohnort
Postamt
Straße



Saison- Ausverkauf

Die verbliebene Winterkonfektion

Kostüme, Mäntel usw.

verkaufe ich

zu ermässigten Preisen.

Bis zum 15. Februar gewähre ich
Ermässigungen bis zu 30%.

M. Malinowski

Fabrik von Damenkonfektion
Poznań, Stary Rynek 57.

Hast Du schon einmal bei

R. Kunert & Co., T. Z. o. P. Poznań
Niegolewskich (Augustastr.) 18 II. Telefon 62-36.

Stoffe gekauft? Sieh Dir das reichhaltige
Lager in allen Sorten
Textilwaren, z.B. Seidenknoten, schwizer Voils,
Gabardin, Popelin, Herren- und Damenstoffen,
Weißwaren usw. an, denn da kaufst Du am
billigsten.

40% Ermässigung!
Salzhufeisen
Nr. 0, 1, 2 und 3 zu ausnahmslos billigen Preisen von
700.000,— Mark pro kg
gibt, solange Vorrat reicht, ab

A. Nasielski.

Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte
Poznań, ulica 27. Grudnia 5. Telephon 2014.

Arbeitsmarkt Rechnungsführer,

unverheiratet, für größeren Betrieb, bilanz-
sicher, der polnischen Sprache in Wort und
Schrift mächtig, zum 1. 4. d. J. oder früher
geucht. Beugabüchsen. (5136)

Vorstellung nur auf Wunsch.

Majętność Lomnica,
vom. Nowy Tomisł.

Einen Maschinisten
i. Reparatur u. Führung landwirtsch.
Maschinen und des Motorwagens sucht
Dominium Rutkowice,
voc. Grajewo, vom. Działdowo (Pomorze).

Landwirt,

aus alten geheiratenen heiniger
Familie stammend, Mitte 40,
verheiratet, der durch besondere
Verhältnisse seinen selbständigen
Wirkungskreis verloren
hat, sucht zu baldigem oder
früheren Antritt entsprechende
Tätigkeit im landwirtschaftlichen
Betrieb. Angeb. unter
Gef. Off. u. S. 3. 5116
a. d. Gelehrten. d. Bl. erbd.

Oberförsterstelle

nicht Forstbeamter, z. B. im Staatsdienst. Poln. Staats-
bürger. Deutsche und polnische Staatsexamina besaunden.
Beider Landesprachen und des Französischen in Wort und
Schrift mächtig. Gezählte Offizieren erbeten an

H. Fuhrmann, Państwowe Leśnictwo, Brzeźno.
powiat Długa-Goszczna, vom. Oborniki.

Staatlich geprüfte Lehrerin, evgl., nicht Stellung als
Hauslehrerin,

zu Hinkern im Alter von 6–11 Jahren. Angebote unter
m. 5105 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Spieldaten des Großen Theaters.

Donnerstag, den 31. 12. um 7½ Uhr: „Ira Diavolo“, Oper von Weber.
Freitag, den 1. 1. 7½ Uhr: „Der Zigeuner-
baron“. Komische Oper von Strauss.
Sonntagabend, den 2. 1. nachm.: „Hänsel und Gretel“. Märchenoper von Humperdinck. Zum letzten
Male. Ermäßigte Preise.
Sonntagabend, den 2. 2. abends: „III. Abend der
Tanzkunst“. den 3. 2. nachmittag: „Das Schloss in
Czestochowa“, Oper von Kursinski und
„Hochzeit in Olowo“, Ballad von Kurs-
inski und Steani. Ermäßigte Preise.
Sonntag, den 3. 2. abends: „Traviata“, Oper von
G. Verdi.

Irenchen,
das schöne kleine Mädchen, führt den
Zuschauer durch sein unvergleichliches Spiel
1084) zu Tränen. Der Varroque-Prozeß im
Teatr Pałacowy um 4½, 6½ u. 8½ Uhr.

Antekie a Bekante
verschiedenes
Arzt, gepr. Majoren
erscheint sich ins Visier.
Ulica Woźna 1, 1 Et.
Kinderzunft.

Rohrstühle
verschiedener Art werden wieder
zum Bestellen angenommen.
C. Fießmann
ul. Cajeza 1.

Einheitrat!
26 jähr. Dame Weißdeutsch,
sucht d. Heirat mit ge-
bildet, nicht. Danowitsch d. poln.
Stadtangabe, zu erlangen, um
irat. ca. 600 Mr. groß. Gut
über, zu können. In Ber-
kommen nur Herrn. m. Pat-
vermögen. Zu dhr. u. A. S.
5142 a. d. Gelehrten. d. Bl. erbd.

Da es uns jetzt an Herren-
bekanntheit mangel, suchte
ich auf diesem Wege i. meine
Nichte einer netten, gebildeten
Mann. Am liebsten Kaufmann
der ins Gesetzte evtl.

einheira' en
Dame. Er müsse evgl. und
von. Staatsb. iem. Meine
Nichte ist Kriegsweive (Ober-
lehrer) mit einem kleinen Kinde von
9 J., 36 J. alt sympathisch
Neukreise. G. off. u. W.
5137 a. d. Gelehrten. d. Bl. erbd.

Heirat!
Landw. rt. groß gebildet,
29 J. alt. evgl. poln. Staats-
bürger verhindert, wünscht
Ehefrau in Landwirt-
schaft, Mühle od. Geschäft.
Beratungsbüro. G. off. u. W.
4818 an die Geschäftsstelle
d. Bl. erbd.

Intellig. Witwe, in mittl.
Jahren, tüderlos, besitzt 3
Zimmerwohnung, sucht Bes-
tandschaft zwisch. Heirat.
Al. Herrn. Geb. u. L. 5151 a. Gesch.
Gef. Angeb. u. L. 5151 a. Gesch.

Andacht in den
Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A
Woźnica.
Freitag, 1. Februar, abends
4½ Uhr.
Sonnabend, morg. 7½ Uhr,
vorm. 10 Uhr mit Neu-
mondenfeier und Predigt,
nachm. 4½ Uhr Mincha mit
Jugendandacht u. Predigt
Sabbatgang abends 5. U.
34 Min.

Werktag-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends
8 Uhr.
Montag abends zum Kippur
Koton.

Nach jeder Morgenandacht
Beterzeit.
Synagoge B
Ulica Dominikańska.
Israel. Brüdergemeine.
Freitag, 1. Februar, abends
4½ Uhr.
Sonnabend 2. Februar vor-
mittags 10 Uhr.

Gelegenheitslauf.
1. Wiesenegge.
1. Wiesenwalze, ein-
teilig, für Wasserleitung habe
ich sehr billig abzugeben und
zu beschaffen.

Paul Seler, Poznań,
ul. Przemysłowa 28.
Alle
Familien-
Anzeigen
Verlobungen
Vermählungen
Geburten
Trauergäste
im
Posener
Tageblatt
werden in der Stadt
Posen, sowie in der
ehemal. Provinz Posen
u. darüber hinaus, auch
im Deutschen Reiche
gelesen.

Spiralbohrer,
einige Tausend Stück in Folge
Liquidation weit unter Preis
auch in kleinen Mengen ab-
zugeben. Daselbst Teile,
Naheläsi, Werkzeugläsi
Fräser u. Kreissägeblätter
400 450 600 u. 700 mm zu
vermieten. Preisofferleiste aus
Antr. n. 5099 a. d. Gelehrten. d. Bl.

Suche
2—3 Zimmerwohnung
von sofort. Miete nach Vereinbarung.
Gef. Off. an „Par“, ul. 27. Grudnia 18 u. Nr. 58, 103.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 31. Januar.

Terminverlängerung für die Abgabe der Vermögenssteuererklärungen.

Das Finanzministerium teilt amtlich mit:

Auf Grund eines Erlasses des Finanzministers vom 26. d. Ms. wird der Termin zur Abgabe der Erklärungen zur Vermögenssteuer durch sämtliche Personen, die zur Zahlung der Vermögenssteuer verpflichtet sind, bis zum 15. Februar d. J. verlängert.

Der Termin zur Einreichung der Verzeichnisse der Steuerzahler und ihrer Steuererklärungen durch die Gemeindebehörden wird bis Ende Februar d. Js. verlängert.

Stadtverordnetenfestigung.

Die gesetzte Stadtverordnetenfestigung eröffnete der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Bugzel mit der Bekanntgabe einiger

Eingaben.

Die erste stammte von den Pensionsmüttern, die in der Gingabe unter Himmelis auf den geringen Besuch der Fremdenpensionate und die Steuerlosen um die Aushebung der Abzugsbefreiung für den Verbrauch von elektrischem Licht arzeheten. Stadtv. Kowalewski sprach sich gegen eine Verabsichtung der Gingabe aus.

Ein Schreiben der Polnischen Berufsvereinigung betraf die Bezahlung der Straßenbahner und die Gogeneschafft gegen den "Wydzial Boboniezy" bei der Straßenbahn, dem schon vor Monaten ein Abzugsantrag ausgebracht worden war, da er nicht das Interesse der Arbeiterklasse, sondern den eigenen Vor teil verfolge, aber trotzdem noch antrete. Auf die Auflösung des Stadtpräsidiums, daß der Ausdruck Wille der Arbeiter sei, der nicht beinhaltet werden sollte, antwortete Stadtv. Dr. Stark, daß sich nach der Wahl eines neuen Ausschusses zwei Ausschüsse befämpfen würden, von denen der jetzige nicht mehr zurücktreten wollen. Der Einfluß des Stadtpräidenten reiche weit genug, um eine günstige Lösung bewirken zu können. Hinsichtlich der Bezahlung der Straßenbahner erklärte der Stadtpresident, daß es sich um die von der Berufsvereinigung angekündigte Berechnung irrige sei und daß die Entlohnungsfrage noch einmal geprüft werden solle.

Ein zweites Schreiben der Berufsvereinigung widmet sich der Arbeitslosenfrage. Hierzu ergriff Stadtv. Dr. Stark das Wort, der sich an den Stadtpräsidium mit dem Verlangen wendte, daß bei der Belebung der Wohnungsteuer gegebene Versprechen hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuhören. Die in den nächsten Wochen zu erwartende Zunahme der Zahl der Arbeitslosen mahne zu sorgfältigem Greifen.

Der Stadtpresident erklärte, daß er das gegebene Versprechen voll und ganz aufrechterhalte und daß nach ministerieller Belebung der Sitzungen über die Wohnungsteuer, die in den ersten Tagen des Februar erwartet wird, nach Maßgabe der Witterungsverhältnisse mit den geplanten Erdarbeiter begonnen werden soll.

Stadtv. Müller erörterte die Berechnung der Steuerüberschüsse auf später fällige Leistungen und stellte eine Nachteiligkeit fest. Der Magistrat will sich in dieser Frage an die Großpolnische Finanzämter wenden.

Bon den Punkten der

Tagesordnung

kom. u. a. die neue Geschäftsordnung für die städtischen Beamten und kantonalen Angestellten noch nicht zur Sprache.

Die beschlossenen Erhöhungen

betrafen die Gebühren auf der Umladestelle, die Gebühren für die Fällenabfuhr, die Viehhof- und Schlachtabfuhr und das Wassergereld, dessen Erhöhung von 320 000 auf 560 000 M. für das Kubikmeter mit Gültigkeit vom 16. Januar mit der Steigerung der Arbeitslöhne, der Kohlen- und der Elektro-Preise begründet wird. Die Gebühren für das Rangieren auf der Umladestelle werden jetzt nach dem Valortationsfrank erhoben. Das Rangieren, das bis dahin auf eine halbe Million kam, kommt jetzt auf ungefähr 2 Millionen. Für die Fällenabfuhr gilt das Verhältnis 1 Vorlage = 1 Valortationsfrank.

Bei Punkt 10, der die Bewilligung einer Unterstützung für die

Küche der Baugewerkschüler

betrifft, die aus technischen Gründen mit der Küche des Ledigenheims nicht vereint werden kann, kritisierte Stadtv. Sniady die Beziehungsverhältnisse in den katholischen Küchen.

Büchertisch.

Wilhelm Scheffer, Buch und Arbeiter. Grundsätzliches und Politisches. 8 Cm. Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha/Stuttgart. —

Aus der Einführung des Herausgebers: "Die vorliegenden Blätter über 'Buch und Arbeiter' sind auf die geistigen Bedürfnisse einer bestimmten Bevölkerung zugeschnitten. Im Handarbeiterstande haben wir die stärksten zum Aufstieg drängenden Kräfte, die nach gründlicher Durchbildung verlangen. Das ermündende Gleichmaß der Handarbeit in Verbindung mit der nur für die nötigsten Bedürfnisse ausreichenden Entwicklung gefährdet die geistige Spannkraft in doppelter Weise. Dem gegenüber soll die befriedende und erziehende Wirkung des Buches gezeigt werden. Zu den Auffäßen und Büderlisten kommen nur seide Stimmen zu Wort, die durch Geburt oder lange persönliche Beziehungen mit den Anschauungen und Bedürfnissen des Handarbeiters verbunden sind, die von der Praxis nur für die Praxis schreiben." — Das Buch bietet wervolles Quellenmaterial und praktischen Rat zur Errichtung bzw. Ergänzung von Bozis-, Gemeinde- und Werkbüchereien.

Dr. Emil Jung. Die geistliche Persönlichkeit Jesu. 1924. — 352 Seiten. — 450 Goldmark. —

Der Gedanke, die Persönlichkeit Jesu in das Licht freier Forschung zu stellen, schwebte dem Verfasser schon in seiner "Herkunft Jesu" vor, die im Vorjahrte in zweiter Auflage erschien. Die Schrift erregte großes Aufsehen und findet jetzt in dem neuen Werk ihre Fortsetzung und ihren Abschluß. Dr. Jung bietet uns zunächst einen Nachtrag zu seiner "Herkunft Jesu" und beleuchtet dann den Lebensgang Jesu von seiner Kindheit an bis zu seinem Kreuzestod. Dabei zieht er alle heute zugänglichen Quellen der Überlieferung zu Rate, indem er sie nicht nur nach ihrem Inhalt, sondern auch nach ihrer inneren Glaubwürdigkeit sieht und überprüft. Er kommt dabei zu Ergebnissen, die zum Teil von den Ergebnissen der bekannten Arbeiten von Neenan und Strauß weit abweichen und ein vollkommen neues Bild der Persönlichkeit Jesu bieten. In einem Kapitel "Kirchenbildung" verlangt der Verfasser eine gründliche innere Umgestaltung der christlichen Kirche, für das deutsche Volk wünschte er eine aus einer Einigung der Kirchen hervorgehende deutsche Kirche, die er die neue deutsch-katholische Kirche nennt und als deren Sitz er sich Wien denkt. — Das Buch, das durchaus eine Streitschrift ist, wird und muß manchen Widerspruch hervorrufen, wird aber kritischen Lesern manche Anregung geben.

Hermanns geographisch-statistischer Universal-Atlas. Ausgabe 1924, vollständig neu bearbeitet von Alois Fischer. Druck und Verlag der Kartographischen Anstalt G. Freytag u. Berndt,

Stadtrat Podolka suchte die erhobenen Vorwürfe zu entkräften und sprach unter Anführung von Ziffern über die Fürsorgefähigkeit des Magistrats. So sollen zum Beispiel 15 Milliarden monatlich auf die sog. billigen Küchen gehen, deren Posen mit Einrechnung von Glowne und Wianach sieben besitzt.

Gegen die Vorlage über die Bereitstellung einer

Unterstützung von 500 Millionen an den Westmarkenverein

sprach der Stadtv. Sniady. Das Geld sei der armen Bevölkerung nötiger. Der Westmarkenverein verfolge reaktionäre Absichten nach Art der "Vereinigung polnischer Patrioten" und sei eine Fortsetzung des früheren deutschen Ostramensvereins. Der Westmarkenverein habe eine drückende Atmosphäre geschaffen.

Die freigiebige Hand für den Westmarkenverband bediente eine Ohngefeige für die Arbeiterklasse Posens. (Die Ausführungen des Führers der Sozialdemokraten waren von lebhafter Unruhe begleitet.)

Der Stadt v. Roskowicz meinte, daß der Westmarkenverband über genügend Gelder verfüge und sich auch ohne die 500 Millionen behelfen könne.

Die Unterstützung wurde darauf gegen die Stimmen der äußersten Linken bewilligt.

Mit der Bewilligung einer Beihilfe für das St. Joseph-Stift fand die Sitzung ihr Ende.

X Vermögenssteuerfreiheit von Privatwaldungen. Auf Grund der Verfügung des Kabinetts am 1. Januar 1924 Dr. N. P. Nr. 4 sind alle diejenigen Privatwaldungen von der Vermögenssteuer (mit Ausnahme der Steiner von Wallboden) befreit aus denen die Holzabnahme im Höhe von 30 v. h. des Augholzes aus 10jährigen Schlägen gegeben wird.

X Die Unterhaltungskosten in den Landesbirennalisten der Wojewodschaft Posen, und zwar in Działdowa, Owińsk und Koszalin sind vom 1. Januar ab in der 1. Klasse auf 4½—7 Goldfrank täglich, in der 2. Klasse auf 3 Goldfrank und in der 3. Klasse auf 1,50 Goldfrank, für die Unterhaltung in der 3. Klasse mit zweitem Frühstück und Besser auf 1,75 Goldfrank festgesetzt worden.

X Die Annahme und das Tragen ausländischer Orden in Polen. Auf Grund des Artikels 96 der Verfassung ist jeder polnische Staatsbürger vor der Annahme fremdländischer Titel und Orden verpflichtet, die Genehmigung des Staatspräsidenten einzuholen. Jeder ist daher, einem Urkundschreiber des Ministerpräsidiums gemäß, verpflichtet, die genannten Auszeichnungen dem Ministerpräsidium mit der Bitte um die Erlaubnis zuzufinden, diese Auszeichnungen empfangen bzw. die Orden tragen zu dürfen.

Der Zutritt zu den Speisewagen der Schlafzüge ist neuerdings wie folgt geregelt worden: Der Zutritt ist frühestens 20 Minuten vor Abfahrt von der Abfahrtstation gestattet. Die Reisenden haben sich vor dem Betreten des Reisewagens mit besonderen Karten zu versetzen, die vom Bedienungspersonal ausgetragen werden. Jeder Reisende mit Fahrkarte 2. Klasse, der sich nach der Mittags- oder Abendmahlzeit im Speisewagen aufhält, wird als Fahrgäst angesehen, der unrechtmäßig die 2. Klasse benutzt. Zu den Speisewagen darf nicht geradelt werden; das Mitbringen von Hunden und Reisegepäck ist untersagt.

X Die Kasse der Städtischen Wasserwerke ist von morgen 1. Februar ab von morgen 8—12 Uhr geöffnet.

Das Konzert des Geigers Wacław Kochanowski findet heute Donnerstag, 8 Uhr abends, im großen Konzertsaal des Evangelischen Vereinshauses statt. Am Klavier Prof. Witkiewicz. Eintrittskarten sind in der Gartengeschäft W. Görski (Hotel Monopol) und an der Abendkasse zu haben.

X Warnung vor Schwindlern. Neuerdings sind mehrere Fälle vorgekommen, in denen Aspermeter und Aspermietinnen unter falschem Namen Zimmer mietsen, bei der Übernahme der Zimmer erklären, ihre polizeiliche Abmeldung selbst beizutragen zu wollen, dies natürlich unterliegen und nach wenigen Tagen unter Ausplündern der Wohnung verschwanden. In anderen Fällen haben angeblich stellungslose Dienstmädchen unter ähnlichen schwindsüchtigen Vorstellungen einen Dienst angenommen und sind dann nach Verübung von Diebstählen verschwunden. Da auch sie sich unter falschem Namen vermietet hatten, konnten sie bisher noch nicht ermittelt werden, und es besteht die Gefahr, daß sie ihre Schwindeldeien anderweitig versuchen. Die Polizei bittet, ihr in allen solchen Fällen sofort Mitteilung zu machen.

X Diebstähle. Gestohlen wurden: nach dem Einschlagen der Schauenscheibe aus einem Geschäft in der ul. Wroclawska 14 (fr. Breslauer Straße) 24 Fahrradgummischläuche im Wert von 108 Millionen; aus einer Wohnung Grochów Lata 4 (fr. Südstraße — siehe den gestrigen Bericht) 2 schwarze Herrenanzüge, mehrere Überzieher, eine Herren- und eine Damenuhr im Wert von 700 Millionen; aus einer Wohnung Górnego Wilda 29 (fr.

Kronprinzenstraße) ein Herrnüberzieher, ein braunes Jackett, ein grauer Damenmantel, ein blauer Damenlauftuch im Gesamtwert von 2 Milliarden; vor dem Hause ul. Poznańska 7 (fr. Posener Straße) eine eiserne Treppe im Wert von 200 Millionen; vom Boden des Hauses ul. Dąbrowskiego 132 (fr. Große Berliner Straße) ein Schrank, Spiegel und mehrere Würste im Wert von 150 Millionen Mark.

X Polizei festgenommen wurden gestern 14 Dörnen, 5 Bettler, 1 Obdachloser, 5 Bettwäsche, 5 Diebe und 3 Hohler.

X Birnbaum, 30. Januar. Hier ist der Preis für ein 2½-Pfund-Brot von 800 000 M. auf 700 000 M. herabgesetzt worden. — Infolge amtlicher Feststellung von Tolkut bei einem getöteten Hund in Łowiczk ist für die Ortsbewohner, die in einer Entfernung von 10 Kilometern liegen, die Hundesperrre für drei Monate angeordnet worden. — Ihr 100. Lebensjahr vollendet am Sonnabend, 2. Februar, die Frau Maria Pawłowska geb. Tempe aus Tuchempie, die jetzt bei ihrem Schwiegersohn Nowicki in Gralenko wohnt.

X Fuehne, 30. Januar. Der Familienabend hat aus mannigfachen Gründen auf den 28. Februar verlegt werden müssen.

* Graudenz, 20. Januar. Unter den von hier Ausgewiesenen befindet sich der seit 15 Jahren hier angestellte Musikdirektor Elsas, ein Reichsdeutscher. Durch seine erzwungene Abwanderung erleidet das hiesige Musikkabinett einen schweren Verlust. — Ein jünger Tod ereilte am Sonnabend den Molkereidirektor Pfister, Pf., ein Herr von 59 Jahren, nahm an einem Vergnügung des Schwizervereins teil, fiel nach einem Tanz plötzlich zu Boden und verschwand auf der Stelle. Er war lange Jahre Besitzer einer Molkerei in Tannenrode und übernahm dann die Leitung der hiesigen Genossenschafts-Zentral-Molkerei.

* Kultm., 28. Januar. Mittwoch abend ging das fünfjährige Söhnchen Helmuth des Besitzers W. in Medow, hiesigen Kleinstadt zu den Nachbarn, um von dort seine Geschwister abzuholen. Auf der Nachstraße trafen sich drei bissige Hunde eines anderen Nachbarn herum, zielten das Kind an und zerfleischten ihn. Eine Weile und Peine, bis auf die Knochen. Kurze Zeit danach fanden die Geschwister zurück und fanden ihren kleinen Bruder noch in den Bähnen der Bestien. Mit Mühe und Not vergingen sie die und brachten den ganz verkrümmlten Körper in ihre Wohnung. Von den Eltern wurde das Kind noch in derselben Nacht in das Graudenzer Krankenhaus gebracht, wo es kurze Zeit darauf starb.

* Neutomischel, 30. Januar. Das Dienegott und Auguste Nädigerische Ehepaar in Glinie feierte am Dienstag das Fest seiner Goldenen Hochzeit. Der Jubilar steht im 74. und die Jubilarin im 79. Lebensjahr.

* Tuchia, 30. Januar. Aus der Kriegsgefangenschaft entflohen in der Zimmermann Josefs Schmidt von hier musste 1914 ins Feld. Er ließ sich mit seiner Braut Agnes Struck aus Schwarzenau stecken, und im Anfang des Krieges wurde er vermisst und schließlich auch für tot erklärt. Er bot sich zur Wiederaufnahme einer zweiten Ehe, doch sie hoffte immer noch auf die Wiederkehr ihres Mannes. Dieser Tage erhielt sie die frohe Botschaft, daß der Kriegsgefangene wieder aus dem Gefangenlager Schneidemühl zurückgekehrt und demnächst in der Heimat zu erwarten ist.

* Schmiegel, 30. Januar. Bereits am 8. d. Ms. wurde in einer hiesigen Scheune die Leiche eines unbekannten etwa 35 bis 40jährigen Mannes gefunden, dessen Tod vermutlich durch Verhunern bzw. Erstickung eingetreten war. Er war 1,65 bis 1,70 Meter groß und hatte dunkelblondes Haar. An der linken Hand hatte er eine Tätowierung, die ein Armband darstellte. Bekleidet war er mit zwei zerissenem Jackett, zwei Paar Unterhosen; Hemd und Stiefel oder sonstiges Schuhwerk fehlten.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unentgeltlich gegen Einwendung der Bezugsvoraussetzung entgegengestellt, wer ohne Gewage erzielt. Briefe aus Ausland erfordert nur ausnahmsweise und wenn ein Belegstück mit reizende belegt.)

N. S. in J. Nach der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts kann daran, daß Sie polnischer Staatsbürger sind, kein Zweifel bestehen. 2. und 3. Wenden Sie sich in der Angelegenheit an die deutsche Sejmation in Warschau (Anhert: Zjednoczenie Niepodległość w Sejmie, Warszawa), unter Beifügung von Porrio. Wir machen Sie besonders auf die Anordnung in Nr. 26 des pol. Tagebl. 1. S. 223 Beispiels "Wichtig für Ausgewiesene" aufmerksam.

B. A. Nowy Tomysł. Der Dolat in Warschau stand am Ende August 1921 auf 2255 Mtl. Zu Berlin am 86,53 Mtl.

H. Grocholin. Wie anzuzeigen bezüglich Goldwert der Alten, zu bewahren, in nicht möglich.

Neues vom Tage.

S Das Geheimnis eines verwunschenen Hauses wurde durch eine Verhandlung vor dem Volksgericht Landsgut aufgedeckt. In dem Dorf Gröben gewußt das Aussehen eines gewissen Rupert Fischer seit Jahren den Ruf, daß von Zeit zu Zeit dort ein Mensch spurlos verschwindet. Nach Aufzündung einer in seinem Stalle vergrabenen Leiche wurde Fischer dann unter Mordverdacht verhaftet und vor Gericht gestellt. Der Tote wurde als ein Barbier festgestellt, den Fischer gemeinsam mit einem gewissen Steinbrucker eröffnet und verbraucht hat. Das Volksgericht verurteilte Fischer wegen dieses Raubmordes zur Todesstrafe. Weiter wird Fischer bestürzt, gemeinsam mit einem anderen Barber, Andreas Hutterer, seine Frau umgebracht zu haben, weil sie zu viel von seinen Begehrungen wußte. Hutterer schoss Frau Fischer auf dessen Anstift durch den Hals, worauf ihr Körper Wasser in den Mund gab, um das Ausfließen des Blutes zu verhindern. Da sich in der Leichnamablösung des Volksgerichts weder für die Verurteilung noch für die Freisprechung in diesem Falle die nötige Stimmenmehrheit ergab, so wurde dieser Fall an das Schiedsgericht Straubing verwiesen. Ein drittes Verbrechen betrifft den Überfall auf ein einiges Bauerngehöft. Der Besitzer des Hauses wurde hierbei durch einen Pistolenstich schwer verletzt.

S Geistererscheinungen im Kreis. Einige Wochen vor dem Tode Lenins ereigneten sich in den Räumen des Kreis in Mostau merkwürdige Vorfälle. Die Wachen weigerten sich, fortan ihre nächtlichen Posten in den weit verzweigten Gängen des Kreis zu beziehen, da sie durch unheimliche Erscheinungen erschreckt wurden. Eines Nachts erinnerte ein unerträgliches Geschrei. Als man hinzutrat, stand man einer der machabenden Soldaten bewußtlos und von Dolchstichen verletzt am Boden liegen. Als er wieder zu sich kam, erzählte er, daß am Ende des langen Korridors, in dem er Wache stand, die Erscheinung eines alten Mannes aufgetaucht sei, der ganz bar auf dem Schreibtisch saß, gleich wie er auf Bildern dargestellt wird. Die Erscheinung habe Tropfen gegen die Sonnenblende und gegen Lenin aus und stach mit einem an einer langen Stange befestigten Stilett nach den Wachen, die infolgedessen die Flucht ergreiften. Das Militär weigerte sich weiter die Wachen zu übernehmen und daher wurden Eiseltaucher (polnische Polizei) dazu herangezogen. Die russischen Zeitungen meldeten diese Vorfälle schon einige Wochen vor Lenins unerwartetem Tode. Man vermutete, daß sich ein Gegner der Sowjetregierung in den Kreis eingeschlichen habe, um dort Iwan den Schrecklichen zu spielen und die Wachen zu erschrecken und so ein Attentat auf die dort wohnenden Führer der Bolschewisten zu erleichtern.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Polnische Bank.

In aller Munde liegt dieser Name. Alle Hoffnungen, die sich die Bevölkerung noch erhalten hat, sie finden in diesem Namen die Zukunft und auch ihrer Segen. Es ist noch nicht an der Zeit, über die Bank Polski ein Urteil zu fällen, es ist noch nicht an der Zeit, zu sagen, ob der Weg zur Sanierung der Finanzen und zur Reform der Wirtschaft der richtige gewesen ist. Eines aber fällt dem Beobachter, auch dem unbeteiligten, in die Augen: die Geschwindigkeit, mit der die Valutareform vor sich geht.

Die wichtigen Finanzfragen, die noch vor ganz kurzer Zeit durch tagelange parlamentarische Verhandlungen, durch wochenlange Propagandabüros, aber durch keinen entschlossenen Schritt behandelt worden sind, werden bereits heute in die Tat umgesetzt. Das Statut der Bank ist fertiggestellt, — die Aufforderung zur Bezeichnung der Aktien ist bereits ergangen. Das Gerüst ist fertig, und nun fehlen noch die Steine zu dem Bau des Hauses, darunter es dann so wohnlich und so warm sein wird. Ja, die Not der Zeit hat diesmal in Polen mit eisernem Griff über allen theoretischen Streit gesiegt. Denn manum hat man nicht bereits vor zwei Jahren die Wege beschritten, die den ungeheuren Lauf der Inflation aufgehalten hatten. Warum ließ man damals die Dinge eben, wie sie gingen? Weil damals die Wege der Führer verschieden waren, und weil damals die politische Macht wichtiger war als die wirtschaftliche Gesundung.

Die "Bank Polski", deren erste Atemzüge bereits gehört werden, ist in Form einer Aktiengesellschaft gedacht, wobei der Staat einen gewissen Einfluss gewahrt erhalten soll. Das Privileg zur Notenausgabe dauert zwölf Jahre. Wenn die Generalversammlung der Bank Polski Statutenänderungen oder die Liquidation beschließen sollte, so muss ein solcher Beschluss erst vom Sejm und Senat genehmigt werden. Der Präsident der Bank wird auf Antrag des Ministerrates vom Staatspräsidenten ernannt, er darf jedoch weder Abgeordneter, noch Senator, Staats-, Kommunal- oder Privatbeamter sein. Die Aktien der Bank können nur mit Genehmigung des Bankpräsidenten von den Besitzern veräußert werden. Die Teilnahme an der Generalversammlung ist erst nach Ablauf einer Frist von vier Monaten, vom Tage der Eintragung in die Bankbücher an gerechnet, möglich. Der Finanzminister hat das Recht des Einspruchs gegen die Wahl des Bankrates. Die Generalversammlung wählt zwölf Mitglieder — die Bankdirektion —, die jedoch durch den Finanzminister bestätigt werden. Der Bankpräsident hat das Recht, jedem Beschluss der Direktion bis zur Stellungnahme durch den Konsrat aufzuhalten.

Die Tätigkeit der Bank ist begrenzt. Die Bank darf weder Immobilien noch Aktien erwerben, es sei denn, doch sie für eigene Zwecke bestimmt sind. Von dem Dividendengehalt, der 8 Proz. übersteigt, beansprucht der Staat zwei Drittel. Der Notenumslauf wird nach dem Verhältnis von Emission zur Golddeckung besteuert, wobei die 30 Proz. Deckung als Mindestdeckung gilt. Die Steuer beträgt 1/2 Proz. bei einer Deckung von 50 Proz. und bei einer Deckung von 30 Proz. bis zu 1 Proz. Das Bankkapital darf nur in Staatspapiere angelegt werden. Für die Gewährung des Notenprivilex an die Umlt erhält der Staat einen Kredit von 50 Millionen Zloty. Außer dieser Anleihe besteht er kein Recht auf weitere Kredite. Für die Gebäude, die der Bank Polski zur Verfügung gestellt werden, erhält die Regierung eine angemessene Entschädigung nach Erreichung der Bank.

Besondere Privilegien der Bank sind: Die Einlösung der Banknoten in Gold kann nach der Neuordnung des Geldumlaufs stattfinden. Jede Banknote muss mindestens bis 30 Proz. in Gold, Silber oder Devisen und außerdem in Silber und Handelswertsachen gegeben sein. In der ersten Zeit wird die Golddeckung rd. 50 Proz. betragen. Darlehen gegen Hinterlegung von Gold, Silber Wertpapieren, Wechseln und Valutaten kommen für die Notendekung nicht in Betracht und können nur aus dem Einlagenfonds, welcher nicht verjährt ist, gewährt werden, um den Privatbanken keine Konkurrenz zu machen. Die Vergütung der Einlagen kann unter gewissen Voraussetzungen vom Finanzminister genehmigt werden. Die Kommandate bei der "Bank Polski" können nicht der Konkurrenz des Schuldners vor der Befriedigung der Ansprüche der Bank überwiegen werden.

Das Aktienkapital soll 100 Mill. Zloty (Goldfr.) betragen und in 1 Mill. Aktien zu 100 Zloty eingeteilt werden.

Der Staat kann am Gründungskapital teilnehmen; die höchstzulässige Summe ist jedoch auf 25 Proz. festgesetzt. Sollten in den ersten zwei Monaten weniger als 600 000 Aktien untergebracht werden, kann der Staatspräsident eine Statutenänderung genehmigen und der Regierung einen entsprechend größeren Einfluss zuwenden.

Beichungen nimmt bis zum 31. März die Polnische Darlehnskasse und einige Banken entgegen, wobei 100 Zloty = 100 Goldfr. = 19,30 Dollar darstellen. Bei Beichungen von 1—25 Aktien muss der Betrag sofort abgeführt werden, darüber hinaus in zwei Raten. Polenmark, Bons und Goldanleihe werden nicht entzogen.

Es regte sich nun auch bei uns in Polen eine neue Periode. Es beginnt ein regfames Interesse für wirtschaftliche Fragen und Zusammenhänge, und jeder, der noch den Glauben an die wirtschaftliche Gesundung Europas sich bewahrt hat, er freut sich ob dieser Ercheinung, die jetzt wieder durch die vom Hof zerwühlten Volker geht.

In Deutschland hat die neue Rentenbank, die mir ein Überzeugung zur neuen Goldnotenbank sein wird, sich bereits das Vertrauen Deutschlands und des Auslandes erworben. Die Arbeit ist dort wieder weiter vorwärts geschritten, die Inflation ist beseitigt, und die Bevölkerung lebt neu auf, mit freiem Kopf.

Von Deutschlands Finanzsanierung kann Polen vielleicht lernen, und der Blick auf dieses Land wird den Staatsbürgern Polens gewiss nicht schaden. Eine Gefahr droht der Bank Polski noch immer, und bevor diese Gefahr nicht überstanden ist, darf der Jubel nicht so spontan sich äußern. Es ist die Gefahr der monstrosen Beichtung der Aktien. Wenn durch irgendwelche Maßnahmen politischer Natur das Vertrauen des Inlandes, das Vertrauen der inländischen Industrie und der inländischen Handelswelt aller Kreise, untergraben wird durch Maßnahmen, die rein politischer Natur sind, so werden die neuen wirtschaftlichen Vorhaben in eine ernsthafte Gefahr gebrängt werden. Den Kreisen, die in dem wirtschaftlichen Aufstieg die wirkliche Zukunft Polens sehen, ist vor dieser Tatsache bereits heute das Herz schwer. Aber sie allein können gegen die bei uns übliche politische Brunnengespräch nicht ankämpfen.

Auf der anderen Seite aber ist die Arbeiterfrage eine ernste Gefahr, die der Finanzsanierung noch manche harte Ruh zu knallen geben wird. Wird Herr Grabski stark genug sein, das Staatschiff durch alle Fähnisse hindurchzusteuern, wird ihm von Seiten der Korruptionspresse nicht wieder ein Stein in den Weg geworfen, so werden wir in einem halben Jahre etwa erleichtert zusammensein können.

Wirtschaft.

Die Zahlung von polnischen Sätzen in Goldmünzen für sog. Luxuswaren, zu denen nicht nur, wie wir seinerzeit ausführlich mitteilten, Erzeugnisse der Textil- und Bekleidungsindustrie, sondern auch Waren des täglichen Gebrauchs wie Zigaretten, getrocknete Früchte, Kaffee u. dgl. gehören, hat in Polen bereits zu einer großen Preiserhöhung für Gold geführt, was wiederum mit einer Fülle für Auslandsvalutaten verbunden ist. Außerdem ergeben sich für die Ausweitung der Geschäfte bei den Holländern außerordentliche Schwierigkeiten, so dass weder der Diskurs noch die Importeure und letzten Endes die Konsumtoren in Polen dieser schartigen Bestimmung auf die Dauer froh werden dürfen. Obwohl die zuständigen Berliner Reichsstellen von den interessierten deutschen Berufsvertretungen inzwischen mehrfach darum ange-

gangen worden sind, energische Vorstellungen wegen der einen großen Teil der deutschen Ausfuhr nach Polen unmöglich machen lassen, die Bollerhöhung in effektiven Goldmünzen in Warschau zu machen, ist über irgendwelche tatsächliche Schritte der deutschen Regierung bisher nichts in Erfahrung zu bringen gewesen. — Für die Umrechnung der teilweise noch auf polnische Goldmark lautenden Tarifsätze hat das zuständige Warschauer Ministerium das Verhältnis von 1 Goldmark = 1,23 Goldfrank festgesetzt.

Handel.

Eine Herauszahlung von Goldgeschäften in Polen kann nach einer neuen Verfüzung des Finanzministers denjenigen gestattet werden, die ständig Auslandswaren einführen. Diese vorzugsgezahlten Goldgeschäfte werden auf Goldmark umgerechnet. Damit wird in der Praxis das dafelde bezw. wie mit den bereits erwähnten Goldsteuerbürden, nämlich dass den Staatskassen einerseits schneller und früher Geld zufließt und die Interessen andererseits sich vor der Entwicklung der Papiermark schützen.

Industrie.

Der Verband der polnischen Industriefabriken lässt die Preise neuerdings in Schweizer Franken notieren. Außer der schon vor einiger Zeit erwähnten Ausfuhrberechtigung haben die Industriefabriken die Erlaubnis zum Export weiterer 2000 Waggons erhalten. Sie bemühen sich jetzt um einen größeren Kredit bei englischen Firmen auf Konto der zukünftigen Lieferungen. Im ganzen Betriebsjahr 1922/23 wurden 2 Millionen Zentner ausgeführt, also annähernd 40 Prozent der Gesamtproduktion, die sich auf 5,5 Millionen Zentner belief, wovon 3,5 Millionen auf die ehemals preußischen Gebiete entfielen.

Oberschlesische Chamotte- und Tonindustrie. Wegen der schwierigen Lage der Eisenindustrie in auch die Lage der Chamotte- und Tonindustrie unklar. Der Auftrieb beginnt mit zum Jahresbeginn sehr schwach. Daschebe muss von der Tonindustrie gezeigt werden, die sich wegen der ungünstigen Situation am Buntmarkt in ihren Absatzverhältnissen verschlechtert hat.

Zur Erweiterung der oberschlesischen Hütten aus Süddänemark. Die Verhandlungen der Hütten des Katowicer Bezirks nehmen, wie verlautet, einen aussichtsreichen Fortgang und erstrecken sich auf die Einfuhr sowohl von Roheisen wie von Brauneisen. Man hofft, hierdurch eine Herabsetzung der gesamten Eisenpreise und damit wieder eine leichtere Konkurrenz auf dem Weltmarkt erreichen zu können.

Geldwesen.

Sensationeller Börsentag in London. Der Freitag stand im Zeichen eines Börsenrekordes, mit dem sich sämtliche Blätter eingehend beschäftigen, ohne klare Schlüsse daraus zu ziehen. Im Stock Exchange entstand, ohne Vorbereitung, ein plötzlicher Sturm, eine Millionenjagd auf deutsche Anleihenpapiere. Die Spekulation arbeitete mit Brüderchen, die sich nicht anstrengten zu lassen. Die 2 Proz. Anleihe sprang von 26,6 auf 36,6, die 3/4 Proz. verdoppelte sich, von 9 auf 18,0 springend; die 4 Proz. ging vor einer halben Guinee auf eine ganze. Das sind bekanntlich Kurse, wie sie Anfang 1922 notiert wurden, als die Mark zu 2000 das englische Pfund stand, anstatt 20 Billionen wie heute. Die preußischen Bonds wurden fiebhaft gesucht und ließen enorm aufwärts. Käufe in Paketen von 10 000, 20 000, 30 000 des Nominalwertes von 2000 Mt. waren ganz normal, und man teilte nachdrücklich mit, dass ein Agent für seine Rechnung 180 000 nahm. Man nimmt an, dass diese plötzliche Kauflust auf große Kaufordens aus Amsterdam zurückzuführen ist. Anfang der vergangenen Woche ließen sich solche Symptome beobachten. Doch aber eine solche Jagd auf die deutschen Anleihen stattfinden werde, sah man nicht voraus. So kam es auch, dass sich die Spekulanten nach Schluss der Börse auf die Börsenagenten stürzten, um Ordern aufzugeben. Die wilden Gerüchte zirkulierten, um Orders aufzugeben. Einmal sei, dass angenommen wird, dass die deutsche Regierung plane, als Teil der Finanzreformen, neue Beihilfen ihrer zinspflichtigen Obligationen zu annullieren und ein Beihilfen zum Pariwert der Rentenmark anzuerkennen. In Sachkreisen wird diese Annahme als unhalbar bezeichnet. Jedenfalls wird unter diesen Vorgängen der holländische Gulden, was beweist, dass viel englisches Geld verwendet werden müsste, um diese Jagd auf deutsche Werte durchzuführen.

Von den Aktiengesellschaften.

In den neuen Maßnahmen gegen das Gründertum in Polen, die, wie schon erwähnt, das Stammkapital auf 25 000 Zloty nach unten begrenzen, gehören auch besondere Bestimmungen über die Emission von neuen Aktien. Nach dem gegenwärtig im Handelsministerium bearbeiteten Entwurf soll der Ausgabepreis mindestens 80 Prozent des Börsenkurses betragen. Die Verhandlungen mit den Sachverständigen und Interessentenvertretern werden aber noch fortgesetzt und es ist nicht ausgeschlossen, dass dieser Prozentsatz noch eine Erhöhung erfährt. Demnächst werden auch die schon bestehenden Aktiengesellschaften ihr Kapital auf Zloty (Goldfr.) umrechnen müssen, wobei sich in den allermeisten Fällen eine starke Zusammenlegung von Aktien nicht umgehen lassen wird, denn nach den eingangs erwähnten Bestimmungen muss der Wert einer Aktie mindestens 25 Goldfr., d. h. ca. 50 Millionen Polenmark betragen.

Von den Märkten.

Die polnischen Verbandspreise für Eisen sind jetzt ebenso wie die Eisen- und Eisenbahnmaterie. Sieben, Zölle usw. in Polen valorisiert worden und werden fünfzig in Zloty (Goldfranken) angegeben. Nach der oben geschilderten Festlegung kostet eine Tonne Eisen 100 Zloty je nach der Güting 165, 178, 190 bzw. 210 Zloty. Handelskosten bei Beziehungen über 60 Tonnen 20 Zloty bei Aufträgen unter 60 Tonnen 25 Zloty. Draht kostet 22 Groschen = 1/100 Zloty. Blech 23, Universaleisen 21 Groschen je kg 100 Zloty. Bei Beziehungen zu halben Waggons.

Metalle. Berlin, 30. Januar. (Für 1 kg in Goldmark.) Raff. Stüber 1,6—1,08. Olig. Hüttenwerke 0,55—0,56. Olig. Hüttenwerk 0,62—0,63. Remelted. Blotzenh. 0,51—0,53. Olig. Aluminium (98—99%) Barren und Wälder 2,00 (99%) Walze u. Drahtwaren 2,10. Zinn (Barfe, Straits, Austral) 4,45—4,50. Hüttenzinn (99%) 4,35—4,40. Kettner (98—99%) 2,30—2,40. Antimon Regulus 0,68—0,70. Süber in Barren (100 rein) 87,25—87,75.

Metallene Halbfabrikate. Berlin, 29. Januar. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Aluminiumblech. Drähte, Stangen 280. Aluminium: ob 400. Supper: ob 180. Kupferdrähte 2,0. Messingdrähte. Röhre 147—. Messingstangen 109—. Messingrohre o. R. 155—. Messingdrähte 172. Tombak mit breit. Bleche. Drähte, Stangen 180. Neufüllerbleche. Drähte, Stangen 270. Schlagloch 100.

Altmetalle. Berlin, 29. Januar. (Notierung in Rentenmark für 100 kg.) Altfavier 97—113. Altrotguß 87—95. Messingvane 65—62. Gußmessing 60—72. Messingabfälle 90—98. Altzink 30—40. neue Gußabfälle 46—48. Altreichblei 40—41. Alumin. Blechabfälle 160—175. Zinnzinn 165—175.

Börse.

Posener Börse vom 30. Januar. Die heutige Börse stand im Zeichen nachgehender Tendenz, die Devisen und Valuten haben im Kurs verloren. Der Dollar, sonst von Polen bereits der häufigste Devisen, gibt bis zu 9,475 M. nach, das engl. Pfund bis zu 19,6 M., der Schweizer Frank aus 1,625 M. der Goldfrank aus 1,812 M. Der polnische Gulden aus 85 M. Von den Staatspapieren ist nur Serie II A der Goldbonds gehandelt worden. Der Kurs blieb auf 1,45 M. seit. Die offizielle Effektivrate stand heute nicht statt. Sie fiel in das Interesse für Alten erhalten geblieben, doch haben die Kurse nicht besonders aufgewöhnen können. Münznoten der Vereinigten

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

Devisen:	31. Januar	29. Januar
Bank Przemysłowa L.—II. Em.	800—825	8,5—8,8
Bank Zw. Siedl. Garodz. I.—XI. Em.	1900—2000	1850
Bolsz. Bank Handl. Poznań I.—IX.	—	700
Bors. Bank Niem. L.—V. Em.	800	800
Biłlop. Bank Rolnicz. I.—IV. Em.	70	—
Bank Wilnoz. I.—II. Em.	80	80

Industrieaktien:

Irczna I.—V. Em.	600	—
Karczewski I.—VI. Em.	180	180
Brovar. Siedl. Garodz. I.—X. Em.	1200—1300	1200
H. Legielski I.—IX. Em.	270—225	225—240
Centrala Rolnicza I.—VII. Em.	150—130	140—135
Centrala Skl. I.—V. Em.	90	900—875
Galwania	180	200
Goplana I.—III. Em.	40	40
L. Hartwig I.—VI. Em.	350—320—330	375—400
Darm. Karowiczow I.—II. Em.	180	180
Piotrow. Drogerijno I.—III. Em.	65—70	70
Piotrow. Skl. I.—III. Em.	200—180	200
Hurt. Siedl. Szybowiczo I.—II. Em.	250	—
Ista I.—III. Em.	800	750—800
Jan. I.—II. Em.	250	—
Małyń. Fabryk. ogrod. w Warszawie	20 000	20 000
W. Bemowski I.—III. Em.	150—160	150—160
W. Bemowski I.—III. Em.	10 500—10 000	10 500—10 000
W. Bemowski I.—III. Em.	390—410	390—410
W. Bemowski I.—III. Em.	225	225
W. Bemowski I.—III. Em.	230—250	240—230
W. Bemowski I.—III. Em.	230—240	230
W. Bemowski I.—III. Em.	1800	—
W. Siedl. Szwedz. I.—VII. Em.	600—570	600—570
Pneumat. I.—IV. Em.	60—55	60
Tartak. we. Bresl. I.—II. Em.	60	60
Ukran. I.—IV. Em.	1000—120	